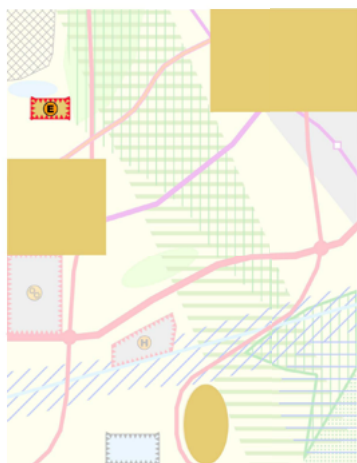


Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

MEHR „METROPOLE RUHR“ ... durch vielfältige und lebenswerte Stadträume



- Flächen für rund **115.000 neue Wohnungen** mit insgesamt 3.500 ha
- Standorte für den Bestand und die Neuansiedlung von wohnverträglichem Gewerbe mit insgesamt rund **100.000 ha**
- Eine **Region der kurzen Wege** mit guter Erreichbarkeit von Kitas, Schulen, Ärzten, Supermärkten und Discountern sowie Haltepunkten des ÖPNV
- Entwicklungsperspektiven gerade auch für **kleinere Ortslagen** und Planungssicherheit für vorhandene lokale Gewerbebetriebe
- 1.100 ha Bauflächen für **Freizeit und freizeitorientierte Erholung**



16

Bereich III, Regionalverband Ruhr | Fraktion DIE LINKE im RVR



- Landtagswahl in Hessen: Sondierung • Abschied von der Kanzlerin der liberalen Demokratie • Landtagswahl in Bayern: Repräsentationslücken
- Italien: Der „Haushalt des Volkes“
- Erstmals seit 1966 ein Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet
- Dänemark: erster Tarifvertrag für die Plattformökonomie
- Ukraine: Religion als politisches Schlachtfeld
- Kalenderblatt: 1832 England. Erste öffentliche Waschküchen und Bäder

Ausgabe Nr. 11 am 8. November 2018, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Etappensieg im EU-Parlament? Neue EU-Richtlinie zu Arbeitsbedingungen

THILO JANSSEN, BRÜSSEL

„Wir haben viele Verbesserungen erreicht, sind aber noch nicht am Ziel“, schreibt Esther Lynch vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Am 18. Oktober hat der Beschäftigungsausschuss des EU-Parlaments (EP) darüber abgestimmt, was an dem Vorschlag für die neue EU-Richtlinie über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen geändert werden soll. Das EP geht mit diesem Beschluss in die Verhandlungen mit dem Rat. Dort werden die Abgeordneten von den Arbeitsminister*innen der EU-Länder erwartet.

Es war das EP, das 2016 in seiner Resolution zur Europäischen Säule sozialer Rechte eine neue EU-Richtlinie gefordert hatte. Es geht im Kern darum, EU-Normen für Arbeitsbedingungen auf sogenannte neue Beschäftigungsformen auszuweiten. Gemeint ist zum Beispiel Plattformarbeit: Arbeiter*innen, die für Uber, Deliveroo oder Amazon Mechanical Turk arbeiten und oft als Freelancer oder Scheinselbstständige nicht vom klassischen Arbeitsrecht ge-

schützt werden. – Die Fraktionen von der Linken bis zur Sozialdemokratie konnten einige wichtige Bestimmungen in den internen Verhandlungen des EU-Parlaments verteidigen. Darunter ist die wichtige Definition, wer zukünftig ein*e Arbeiternehmer*in im juristischen Sinne sein soll. Diese umfasst jetzt auch diejenigen, die nur wenige Stunden, über Plattformen, als Freelancer oder für öffentliche Behörden arbeiten. Des Weiteren sollen Unternehmen zukünftig ihre Beschäftigten bereits am ersten Tag über die wesentlichen Arbeitsbedingungen schriftlich informieren. Auch sollen Probezeiten weiter begrenzt werden: Je nachdem auf maximal 25 % der Dauer eines befristeten Arbeitsverhältnisses, in jedem Fall aber auf höchstens sechs Monate. Unternehmen sollen nicht länger Beschäftigte für Fortbildungen bezahlen lassen dürfen. Außerdem müssen diese während des Einlernens oder der Fortbildung bezahlt werden. Dies soll die Praxis unbezahlter Probezeiten beenden.

Die Abstimmung im EP ist ein Etappenerfolg. Die Linksfraktion hat einige Forderungen jedoch nicht durchsetzen können, etwa zu noch kürzeren Probezeiten oder zum Verbot von Null-Stunden-Verträgen. Das EP konnte sich nur auf einen unverbindlichen Passus einigen, der EU-Länder dazu anhält, solche Verträge nicht zuzulassen. Jetzt kommt es auf die Verhandlungen mit dem Rat an. Von den Minister*innen wird harte Gegenwehr erwartet.

EU-Arbeitsplatzgrenzwert für Dieselemissionen

ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Am 11. Oktober einigten sich das Europäische Parlament und der Rat bezüglich einer Erweiterung der Richtlinie zu krebs-erregenden und mutagenen Arbeitsstoffen. Acht zusätzliche Stoffe sollen von der Richtlinie erfasst werden, einschließlich der Abgasemission von Dieselmotoren an Arbeitsplätzen. Der verbindliche Arbeitsplatzgrenzwert (BOEL = Binding Occupational Exposure Limit) wird auf 0,05 mg / m³ festgelegt. Es wird auf Basis von elementarem Kohlenstoff be-

rechnet. Für fast alle Wirtschaftssektoren soll eine Übergangszeit von zwei Jahren gelten, für den Untertagebau und den Tunnelbau sind weitere fünf Jahre vorgesehen.

2015 wurden in Europa etwa 3500 tödliche Arbeitsunfälle registriert. Im gleichen Jahr sind allerdings geschätzte 100 000 Menschen (Europäische Kommission) an berufsbedingten Krebserkrankungen gestorben. Wissenschaftliche Studien gehen von insgesamt etwa 160 000 tödlich verlaufenden Berufserkrankungen pro Jahr in Europa aus. Vor diesem Hintergrund erlangt die Europäische Richtlinie zu Mutagenen und Karzinogenen Arbeitsstoffen, die 1990 verabschiedete, bis vor kurzem aber nur wenige (fünf) Arbeitsplatzgrenzwerte umfasste, eine enorme Bedeutung.

Seit langem fordern die europäischen Gewerkschaften die Aufnahme von 50 besonders relevanten Stoffe. Nach und nach konnten für diese Forderung verschiedene Mitgliedsstaaten gewonnen werden und 2015 erklärte sich die Europäische Kommission bereit, einen Prozess des sukzessiven Ausbaus der Richtlinie zu starten. Seither sind drei Listen mit insgesamt 26 neuen oder revidierten Arbeitsplatzgrenzwerten vorgelegt worden. Für die zweite Liste haben Rat und Parlament nun eine Einigung erzielt. Obwohl Dieselemissionen von der Kommission (noch) nicht vorgeschlagen wurden, sind sie auf Drängen des Parlaments nun doch aufgenommen worden. Diese Entscheidung wird etwa 3,6 Millionen Beschäftigte in der EU direkt betreffen und nach Schätzungen mindestens 6 000 durch Lungenkrebs verursachte Todesfälle pro Jahr verhindern.

Chinesisches Hospitalschiff unterwegs in Ozeanien

KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

Tonga/Pazifik. Anfang August kam das chinesische Hospitalschiff „Peace Ark“ („Arche des Friedens“) zur Insel Tonga im Pazifik und legte eine Woche lang im Stadtzentrum direkt neben dem Regierungsgebäude der Hauptstadt Nuku'alofa an, dem Sitz des gleichnamigen ozeani-

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rüli), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).

Diskussion / Dokumentation: Martin Focher (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com



Das chinesische Hospitalschiff „Peace Ark“.

schen Königreiches. Das 14 000 Bruttoregistertonnen große Schiff ist als eine Art mobiles Krankenhaus konzipiert mit etwa 300 Betten, acht Operationssälen und mehr als 200 Arten von medizinischen Geräten. Zur Ausstattung zählen auch Geräte für Computertomographie (CT), Farbultraschall und automatische biochemische Analysatoren. Anders als in typisch westlichen Krankenhäusern, wird dabei nicht allein auf moderne westliche Medizin gesetzt, sondern in einem ganzheitlichen Konzept Schulmedizin mit traditionellen chinesischen Praktiken, mit Akkupunktur und naturheilkundlichen Mitteln kombiniert.

Während des Aufenthalts in Tonga kamen mehr als 4 000 Patienten an Bord der „Arche des Friedens“, um sich kostenlos behandeln zu lassen. Ein auf dem Schiff stationierter Hubschrauber flog zudem auf die Nachbarinsel Eua, um auch dortige Patienten, die dringend Hilfe benötigten, auf das Schiff zu transportieren. Außerdem tauschten sich die Ärzte des Schiffs mit denen des staatlichen tongaischen Krankenhauses aus und besuchten Krankenstationen in den abgelegenen Dörfern der Hauptinsel Tongatapu.

Yang Zhaoxue, Charge d’Affaire der chinesischen Botschaft, sagte, der Besuch werde die traditionelle Freundschaft zwischen China und den Ländern des Südpazifiks festigen und stärken. Als „Geste des guten Willens der Entwicklungszusammenarbeit“ der Volksrepublik China wurde das Schiff zum ersten Mal 2014 auf eine Rundfahrt in ärztlich unterversorgten Regionen des Pazifiks geschickt. Die diesjährige Tour umfasste neben Tonga auch Papua-Neuguinea, Vanuatu und Fidschi. Jeweils für eine Woche ging das Schiff dort vor Anker. Die politische Vorgabe ist: Länder, die statt der Volksrepublik China die Regierung in Taiwan als Vertretung Chinas anerkennen, beispielsweise die Salomonen, wurden nicht angelaufen.

Seit 2007 ist das Krankenhausschiff im Einsatz und war damals auch bereits in Süd-Amerika unterwegs. Zur Zeit läuft das Projekt unter dem Titel „Harmonious Mission 2018“. Sie soll im Südpazifik Chinas Rolle als verantwortungsvolle Macht und die positive Einstellung der Volksbefreiungsarmee zur Friedenssicherung und Lebensfürsorge demonstrieren: „Als Friedensbotschafter verkörpert die Friedensarche Chinas ein neues Sicherheitskonzept für Frieden, Entwicklung und Kooperation“, so Shen Hao, der Oberbefehlshaber der „Harmonischen Mission“.

Quelle: <http://fijisun.com.fj/2018/07/25/chinas-peace-ark-to-provide-a-weeks-free-medical-assistance-in-fiji/> <https://www.bairdmaritime.com/work-boat-world/small-craft-world/2761-china-s-peace-ark-sets-sail-for-2018-mission>

Wahlen verwandeln Meinungen der Wahlberechtigten in Macht der Repräsentanten. Zum einen folgt aus Wahlergebnissen etwas für die Regierungsprogramme, die für Bayern soeben vorgelegt werden und für Hessen in Arbeit sind. Zum anderen entstehen sehr starke Rückwirkungen auf die Diskurse, die öffentliche Meinung bilden, und auf die Strategiediskussion der Parteien. Dazu die folgenden Beiträge aus Hessen, Berlin, Bayern sowie ein Bericht von einer Regionalkonferenz der Linken zu den anstehenden Europawahlen.

Landtagswahl in Hessen: Sondierung der politischen Lager

ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN,
OLAF ARGENS, SCHMITTEN

Die Volkspartei CDU sei „von beiden Seiten angenagt worden“, beklagt Spitzenkandidat Volker Bouffier, denn jeweils über 90 000 Wählerinnen und Wähler wechselten zur AfD und zu den Grünen. Viele bisherige CDU-Wähler, die keine rechtspopulistische Politik à la Seehofer wollen, haben diesmal Grüne gewählt und die Merkel-Kritiker sind zur AfD abgewandert. Nach wie vor hat die CDU in 40 von 55 Wahlbezirken Direktmandate bekommen, ihre Basis liegt in ländlichen Gemeinden. Die SPD verliert über 142 000 Wahlstimmen an die Grünen, aber auch beträchtlich an Nichtwähler. „Wir hatten keine Chance in Hessen“, durch die Querelen in der GroKo sei der Wahlkampf überlagert worden, da waren sich die Wahlverlierer Bouffier (CDU: 27%, -11,4 Prozentpunkte) und Schäfer-Gümbel (SPD: 19,5%, -10,9) einig.

Gründe, die in Hessen liegen könnten, sind folgende: Der Wahlkampf wurde stark zu den Themen „bessere Bildungspolitik“ und „bezahlbare Wohnungen“ geführt. Die CDU hatte die Forderungen nach mehr Lehrkräften und guten Beschäftigungsverhältnissen beantwortet, im „starken Hessen“ gäbe es „so viel Lehrer und Arbeitsplätze ... wie noch nie!“. Das hat wahrscheinlich viele Lehrkräfte, Eltern, Schüler*innen, die vielen Minijobberinnen und prekär Beschäftigten in Hessen vor den Kopf gestoßen.

Mit der Landesregierung waren 60 % der Befragten zufrieden, was vor allem an der Politik der Grünen lag, die mit 19,5% der Stimmen das beste Wahlergebnis bisher in Hessen erhielten (+8,3 Prozentpunkte). Die Grünen gewannen vor allem in den größeren Städten wie in Kassel, Darmstadt, Wiesbaden, Offenbach und Frankfurt mehrere Direktmandate und sie wurde von vielen jungen Leuten gewählt.

Zu prüfen wäre, ob dem Wahlerfolg der Grünen auch wirtschaftliche Strukturveränderungen, die schon länger andauern, zu Grunde liegen. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Verarbeitenden Industrie in Hessen sank von 18,6%

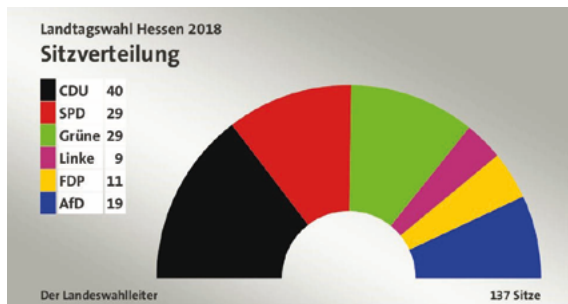
2008 bis 2016 auf 14,9%. Der Sektor der Finanz- und Unternehmensdienstleister und der Immobilienwirtschaft legte von 18,2% auf 20,8% zu und derjenige der öffentlichen und privaten, personenorientierten Dienstleister von 27,0% auf 29,6%. Das kann von der Regierungskoalition, besonders von den Grünen mit ihrem Ziel der Energiewende, als Erfolg verbucht werden. Im Bereich erneuerbare Energien tun sich auch bedeutende Investitions- und Tätigkeitsfelder auf.

Viele Menschen sorgen sich um eine weitere – soziale wie politische – Polarisierung und Fragmentierung der Gesellschaft und vor der von recht(sextrem)en Kräften ausgehenden Verrohung der politischen Sitten. Gewählt wurden die Grünen als Garant gegen diese Tendenz, nämlich für das Eintreten für eine offene und tolerante Gesellschaft und für eine humane Asylpolitik.

Tarek Al Wazir, grüner Spitzenkandidat und seit 2014 Wirtschafts- und Verkehrsminister, tritt pragmatisch, seriös, sachorientiert und solide auf. Er schaffte es, mit dieser „Politik der kleinen Schritte“ liberal-konservative Wählerschichten für die Grünen zu gewinnen und ideologische Vorbehalte abzubauen. Dies funktioniert aber nicht ohne politische Tribute.

52 % der befragten Wählerinnen und Wähler sagen, die Grünen hätten zu viele ihrer ursprünglichen Ziele aufgegeben. Von der Linken und vielen politisch Betroffenen wird heftig kritisiert, dass die hessischen Grünen Abschiebungen nach Afghanistan mittragen, dass sie dem hessischen Polizeigesetz zustimmten, das der Polizei das Mithören und -lesen von Smartphones und Computerinhalten erlaubt, und ihr verschleppendes Verhalten im hessischen NSU-Untersuchungsausschuss bezüglich der Verstrickung des ehemaligen Innenministers Bouffier und des Landesamts für Verfassungsschutz in die NSU-Mordserie.

Die AfD hatte ihr Wahlziel von 15 % + x mit 13,1 % nicht ganz erreicht. Sie hielt etwa 80 Wahlveranstaltungen in Hessen ab, die meist durch Gegenveranstaltungen vieler Bündnisse unter Beteiligung der Linken, des DGB, der



Grafiken von tagesschau.de

VVN-BdA, der Jusos, und den Grünen beantwortet wurden. Die AfD zieht mit 19 Sitzen zum ersten Mal in den hessischen Landtag ein. Was die SPD nicht getan hat, das machte die AfD im Wahlkampf, sie polarisierte und trat als Anwalt der „Menschen in Sozialwohnungen“ auf. Sie sei keine Partei für die „Globalisierungsgewinner im Penthouse“. Sie erhielt viele Stimmen von Menschen mit einfacher Bildung. Die Spitzenkandidaten, Rainer Rahn und Robert Lambrou, treten bürgerlich-seriös auf und betonten, dass sie zukünftige Mitglieder auf Verbindungen zum rechten Spektrum untersuchen und gegebenenfalls nicht aufnehmen würden. Rahn kündigt konstruktive Oppositionspolitik an. Lambrou sagt: „Wir sind die CDU der 80er Jahre“ (Dregger, Kanther, Koch). Die „Frankfurter Rundschau“ kommentiert: „Die AfD will nicht

nach rechts außen“. Andererseits hat die AfD viele Stimmen von der NPD abgezogen, die diesmal nur 0,2 % (2013: 1,1 %) in Hessen erhalten hat. Mit Andreas Lichert zieht ein Vertreter in den Landtag ein, der aktive Beziehungen zu den Identitären pflegt. Landes-sprecher Lambrou will diesen „weiter rechtsstehenden Flügel“ befrieden, und damit

„das reibungslose Arbeiten der Partei sichern“. Gegen Rechtsaußen grenzen sie sich nicht ab!

Die Linkspartei hat ein hohes Ansehen in Hessen dafür, dass sie die Probleme beim Namen nennt und die befragten Wählerinnen und Wähler attestieren ihr beim Thema „sozialer Ausgleich“ mehr Bemühen als der SPD. Sie zieht mit 6,3 % und 9 (+3) Sitzen in den Landtag ein. Die Linken haben viele Anliegen aus der Gewerkschafts- und demokratischen Bewegung in den Landtag eingebracht. Ihr Werk ist die Abschaffung der Studiengebühren, worauf sie als Opposition stolz sein können. Ihr Wahlprogramm, das sie auch in kurdischer, russischer, arabischer und leichter Sprache angeboten hatte, bringt eindeutige Vorschläge, wie soziale Gerechtigkeit umzusetzen ist: Aktionsplan gegen Kin-

derarmut, Verbot von Wohnungsspekulation, Bau von 10 000 Sozialwohnungen! Linke Themen wurden auch von anderen Parteien aufgegriffen. Hauptziel der Linken, so sagt Spitzenkandidatin Janine Wissler, wird jetzt der Kampf gegen die AfD sein.

Der SPD wünschen viele, dass sie sich von ihrem Tief erholt. Ihr Programm richtete sich sowohl an besser Verdienende als auch an Ärmere. Eine konsequente Parteinarbeit für sozial Benachteiligte wird angemahnt. Der Frankfurter SPD-Vorsitzende Mike Josef ist der Meinung, dass die SPD über die Kommunen wiederaufgebaut werden müsse. Der Wahlerfolg von OB Feldmann in Frankfurt am Main ist noch gut in Erinnerung.

Thorsten Schäfer-Gümbel kann sich vorstellen, dass die SPD Juniorpartnerin in einer Ampelkoalition mit den Grünen und der FDP wird – wenn die Inhalte stimmen! Allerdings sieht es derzeit nicht so aus, dass die FDP als nationalliberaler Faktor, die mit 7,5 % (+2,5%) wieder in den Landtag einzieht, mit dem Spitzenkandidat René Rock die grünen Inhalte mitträgt. Schwarzgrün hätte allerdings nur eine hauchdünne Mehrheit von einem Sitz!

Quellen: Wahlbericht von Horst Kahrs (RLS) mit Erhebungsergebnissen von Infratest dimap, (FR 31.10.)

Bayern: Wahlergebnis, Regierungsbildung, Repräsentationslücken

MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

Vor der bayerischen Landtagswahl war absehbar, dass die CSU trotz starker Verluste größte Partei bleiben wird, sicher war auch, dass die Grünen an der SPD vorbeiziehen und zur zweitstärksten Kraft werden würden, und hochwahrscheinlich, dass die bayerischen Linke in dieser Konstellation an der 5%-Hürde scheitern würde. Schwer vorherzusehen war, wie sich die Verhältnisse rechts von der Mitte gestalten würden. Es wären auch Konstellationen denkbar gewesen, die eine schwarz-grüne Regierungsbildung nahegelegt hätten. Dazu ist es nicht gekommen.

Eine Koalition aus CSU und Freien Wählern

Die CSU, deren Umfragewerte schon unter 35 Prozent gefallen war, konnte den Abwärtstrend brechen, die Wahlforschung meint, durch Mobilisierung eigentlich verdrossener, CSU-geneigter Nicht-Wähler. Damit wurde eine Koalition aus CSU und Freien Wählern (85 + 27 = 112 von 205 Abgeordneten) möglich. Rechts von der Mitte gäbe es zudem noch

die FDP mit elf Mandaten als Reserve, und ganz rechts stehen 22 von der AfD, die Stimmung machen können.

Für so gut wie alle – professionelle Beobachter, Wahlkämpfer, Wähler, die breite Öffentlichkeit – überraschend war das Absacken der SPD auf bloß 9,7%. Bitter ist das auch für die Grünen, denen im Land die Alternative zu Schwarz-Grün verloren ging. Sind die Stimmenverluste der SPD eine Folge der Regierungs-beteiligung in Berlin? Dafür spricht, dass auch die CSU über zehn Prozent verlor. Söder kann jedoch eine stabile Regierung bilden, während die SPD ins Kielwasser der Grünen geraten ist, einer Partei, die dringend an die Regierung wollte, aber weiter Opposition bleibt. Unbestreitbar hat das bayerische Wahlergebnis Ursachen in der und Folgen für die Regierung im Bund. Aber zu dieser Erklärung passt der Erfolg der Freien Wähler nicht.

Die Freien Wähler wachsen in einer Repräsentationslücke

Wahlen führen in einem mehrstufigen Prozess zur Verwandlung von öffentlicher Meinung in politische Macht: Zuerst

Auswahl der Kandidat/innen durch die Parteien, dann Mandatsverteilung durch die Wählerschaft, schließlich Koalitionsverhandlungen im Parlament, endlich die Regierungsbildung. Es kommt zu Verschiebungen bei den Ausgaben-schwerpunkten und den Vorhaben der Gesetzgebung. Ganz zum Schluss ändert sich auch etwas im Verwaltungshandeln, denn die Bewegungen im Ermessens-spielraum richten sich an den neuen Spitzen aus.

Das Leitmotiv der Landtagswahl war die überall gefühlte Notwendigkeit, die Palette der öffentlichen Dienste und Leistungen an gewandelte Bedürfnisse der Wirtschaft wie der Lebensführung anzupassen. IT-Anbindung, Mobilität, Ballung, Verdichtung, Flächenfraß, Ansiedlung, Bildungswesen, Gesundheit, alles im Fluss, stabil und wacklig zugleich. Wer soll das richten und wie?

Die CSU operiert seit Jahr und Tag in Tuchfühlung mit den Spitzenorganisationen und Personen der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur, des Sports, bis hin zur schulterklopfenden Integration hauptberuflicher Lästermäuler. Stim-

Abschied von der Kanzlerin der liberalen Demokratie

DR. HARALD PÄTZOLT; BERLIN, 30.10.2018

Angela Merkel war die Kanzlerin der liberalen Demokratie der letzten zwei Jahrzehnte. Ihr Stil, oft beschrieben mit Begriffen wie „Aussitzen“, „Durchwursteln“, „Für-jeden-etwas“-Rhetorik (fr-online, 30. Oktober 2018) entsprach, unter stabilen äußeren Umständen, dem breiten Bedürfnis, die ausdifferenzierten Interessen sozialer Gruppen und Individuen gepflegt auszuhandeln. „Die Mitte“ war der Hut, unter dem sich alle daran Beteiligten versammelten. Und das war eine Zweidrittelmehrheit der Gesellschaft.

Man muss sich daran erinnern, dass Angela Merkel Helmut Kohl im Amt beerbte. Kohl hatte seine Sternstunde mit der sogenannten Wende 1989, die nach Jahren wieder ein „nationales“ Interesse, ein Allgemeininteresse, nämlich die Einheit Deutschlands, hervorbrachte, welches gegen äußere Widerstände durchzusetzen war. Das erledigte der Alte unter deutscher Flagge gut mehrheitsdemokratisch autoritär, den Weg

zurück in die Moderation der neu entstandenen innerdeutschen Interessenlagen fand er nicht mehr, es schlug die Stunde seines „Mädchens“.

Eswarnun nicht so, dass Angela Merkel zu vergleichbar mehrheitsdemokratisch autoritärem Handeln gänzlich unfähig oder unwillig gewesen wäre. Mindestens zweimal konstituierte sich ein deutsches Allgemeininteresse, welches man ohne Beigeschmack als national bezeichnen könnte: Nach Fukushima exekutierte die Kanzlerin den Atomausstieg und das tödliche Ende des Fluges MH 17 gab den Anlass zu einer Wende in der deutschen Russlandpolitik. Wobei man links sein muss, um zu behaupten, dass im ersten Fall Merkel gut daran tat, im zweiten Fall ganz und gar nicht.

Aber nun haben die großen Umbrüche in der Wirtschafts- und Arbeitswelt, Klimawandel, Finanzkrise und Eurokrise, Kriege und so weiter mit ihren Folgen, Migrationsbewegungen, kollektive Zukunfts- und Abstiegsängste, Massenproteste, zu neuen Konfliktlinien geführt, entlang derer alte Allgemeininteressen

neu hervortreten. Die dürften aber mit dem gewohnten Modus liberaler Demokratie, den wir in Deutschland gewohnt waren, nicht mehr zu verhandeln sein. Globale Interessen, Menschheitsinteressen, Umwelt, Wohlstand, Menschenrechte und Frieden lassen sich heute kaum mehr international, wohl eher transnational durchsetzen.

An diesem Punkt also war und ist die Kanzlerin und sind die sogenannten Volksparteien aktuell nicht mehr vertrauenswürdig. Keine der genannten Fragen nahmen sie in den Blick. Wohl verkörpern sie in sich jeweils die großen Konfliktlinien oder, mit den Worten Heribert Prantls, die zwei Zeitgeiste: Zeitgeist I sei einer, der Abschließung und Ausschluss propagiere. Zeitgeist II propagiere Aufgeschlossenheit und Öffnung. Beide stünden für die gesplante Mentalität unseres Zeitalters.

Die alte Mitte also ist perdu, die Versuchung, Massenloyalität (Peter Brückner) mehrheitsdemokratisch und als autoritär zu generieren, gerade für die CDU groß. Wird sie ihr widerstehen? □

men für die CSU bestätigen auch diese Autoritäten. Diese Stimmung ist stark geblieben, aber nicht mehr in der Mehrheit.

Das Führungspersonal lebt und wirkt in den Zentren des kleinen, in die Weltwirtschaft eingebetteten Landes, vergleicht sich und den Standort mit den Großen der Welt, wäre auch gerne groß und sieht das Land als bloßes Umland der bestimmenden Metropole. Weil die Stärken des Bundeslandes auf geschickter Kombination von Stadt und Land, Wissenschaft und Gewerbe, Tradition und Innovation fußen, ist die Metropole der falsche Maßstab der Staatspolitik. Politisch ausgeblendet finden sich Menschen, die sich selbst als einfache oder auch kleine Leute bezeichnen, Selbstbestimmung im Familienleben und dem eigenen Heim mit Garten suchen, Anerkennung und gutes Geld für gute und harte Arbeit erwarten, im ländlichen Raum Handwerk, Landwirtschaft und andere flächenintensive Gewerbe betreiben. Solche Leute misstrauen hochfliegenden Visionären und suchen politische Repräsentation durch Menschen ihres Schlages. So kam es zu einer Repräsentationslücke, die sich in dem Unterschied von 60,7 Prozent (2003) und 37,2 Prozent (2018) ausdrückt, und so entstanden die Freien Wähler, die ihr politische Können in der Kommunalpolitik und bei verschiedenen Volksbegehren unter Beweis stellten und sich im Landtag als herbe Kritiker groß-

mannssüchtiger Auftritte profilieren konnten. Hinreichend viele Wählerinnen und Wähler trauten dieser Partei zu, „den Söder auf die Spur zu setzen“. Zusammen steht eine Mehrheit, nächste Woche wird die Regierungsbildung vollzogen sein. „Alles bleibt anders“, kommentierte lächelnd die Moderatorin vom BR.

Die Grünen bleiben Opposition

Den Grünen sind aus einer Kritik der Maßlosigkeit des modernen Kapitalismus entstanden. Forderungen und Kampagnen zur dessen Eingrenzung führten zu einer Strategie des Verhinderns mit politischen Mitteln. Im Lauf der Jahrzehnte traten eigene Ideen und Praktiken wirtschaftlicher Entwicklung hinzu. Ganzheitliche & alternative Medizin, Gleichberechtigung in der Familienorganisation, Abbau autoritärer Strukturen im Erziehungswesen, ökologische Landwirtschaft, umweltverträgliche Lebensgestaltung, Nachhaltigkeit beim Haus- und Siedlungsbau, Energieproduktion und Verteilung; alles Strategien, die in höchstem Maß auf ideelles und materielles Entgegenkommen von Gesetzgebung und Staatsverwaltung angewiesen sind. Das bayerische Wahlergebnis spiegelt die wachsende Bedeutung die-

ser Gestaltungsideen wieder, will sie aber nicht herrschen lassen. Als erstarkte Opposition können die Grünen im Landtag für ihre Vorschläge von Fall zu Fall eine Mehrheit suchen, und wenn sie da nicht durchdringen, bleibt ihnen als Machtmittel der Weg des Volksbegehrens, und da braucht es dann linke Bündnisse.

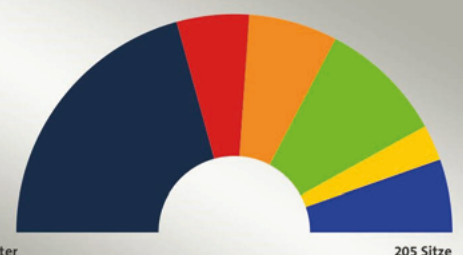
Die Repräsentationslücke Links von der Mitte

Die SPD hat sich im Wahlkampf ausdrücklich als „Partei des Sozialstaates“ dargestellt. Das liegt nahe, denn die Sozialdemokratie stellt für die Gestaltung der öffentlichen Dienste und Leistungen tragende Theorien und engagierte Praktiker. Als „Partei der Arbeit“ ist die SPD nicht aufgetreten. Sie hat dafür auch nicht mehr das Personal, die Kombination von kritischer Intelligenz und Arbeiterbewegung, die vormalig das Parteile-

Landtagswahl Bayern 2018
Sitzverteilung

CSU	85
SPD	22
FW	27
Grüne	38
FDP	11
AfD	22

Der Landeswahlleiter



ben kennzeichnete, ist nicht mehr da. Auch dieses Defizit hat sich langsam, im Verlauf von Jahrzehnten, aufgebaut. 1994 hatte die SPD noch 30% erreicht. Dann setzte ein Niedergang ein, den auch der außerordentlich beliebte und als langjähriger Oberbürgermeister Münchens verdienstvolle Christian Ude 2013 als Spitzenkandidat der Landtagswahlen (20,6 Prozent für die SPD) nicht aufhalten konnte. Damals konnte man das noch als Stadt/Land-Differenz interpretieren. Jetzt nicht mehr, denn die 2018 im ganzen Land erzielten 9,7 Prozent wurden auch in München nicht wesentlich überschritten. Hier fiel die SPD gegenüber 2013 um 19,3 Prozentpunkte auf jetzt 12,8 Prozent zurück.

Die Städte Bayerns, auch München, sind nicht nur von Herrschaftsfunktionen geprägt, sondern auch gewachsene Industrie- und Gewerbestädte. Der Vertrauensverlust in die SPD ereignet sich bei Leuten, die ihren Lebensunterhalt in Arbeit für die große Industrie und für die von deren Gedeihen weitgehend abhängigen kleineren Betriebe und Gewerbe finden. Es geht dabei nicht um soziale Hilfen und Notlagen. Die z.B. bei BMW oder Audi erzielten Löhne und Gehälter sind keineswegs dürftig. Die SPD hat eine weit zurückreichende Tradition, in der die Idee des sozialen Fortschritts durch vom Staat eingehegte, beeinflusste oder sogar direkt gelenkte wirtschaftliche Entwicklung eine Konstante ist.

Diesen strategischen Ansatz haben die Grünen aufgegriffen, aber nur für die Entwicklung des schmalen Sektors ökologisch bestimmten Wirtschaftens ausformuliert. Die Sozialdemokratie hingegen ist mit dem großen Plan gescheitert, auf dem Wege der betrieblichen Interessenvertretung und der Mitbestimmung den arbeitenden Menschen Mitwirkung bei den strategischen Weichenstellungen der Unternehmen zu ermöglichen und Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu kontern. Ein weltweit sichtbares Monument dieses Scheiterns ist der Betrug in Sachen Abgaswerte. Praktisch bedeutet das: Die Diskussion von Fragen der industriellen Entwicklung – von der Entwicklung der Berufsbilder bis hin zu technologischen Strategien – die in den Belegschaften der großen Industrie und in den Gewerkschaften vorhanden ist, muss politisch aufgegriffen werden. Gegenwärtig ist Adresse dieser Diskussionen das Spitzenmanagement der CSU und für den ökologischen Sektor die Grünen. Als Partei des Sozialstaates kommt die Partei nur noch als Rettungsdienst in Betracht. Die Besorgnis, dass wertlos wird, was man in Ausbildung und Berufspraxis gelernt hat, dass umgeworfen wird, wie man sich das Leben eingerich-

tet hat, die Verbitterung, die entsteht, wenn man dem Niedergang eine Firma oder eines Gewerbes einfach nur zusehen muss, all diese Kräfte treiben die Leute, Parteien zu wählen, die Kontakt zum Führungspersonal der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur usw. haben. Das erzeugt eine autoritäre Grundstimmung, und wenn es hochkocht, den Ruf nach neuer Führung.

Die Vorgänge Rechtsaußen und die linken Gegenbewegungen

Außerordentlich beeindruckend waren im Bayern der letzten Monate die Demonstrationen zur Verteidigung von Menschenrechten und sozialen Standards. Die SPD, die Grünen, aber auch die Linkspartei und ein breites Spektrum zivilgesellschaftlich engagierter Menschen haben diese Aktivitäten getragen. Die öffentliche Meinung hat sich gleichwohl nicht nach links verschoben, die CSU wurde nicht in die Koalition mit den Grünen gezwungen, die Linke blieb weit unter den fünf Prozent und die SPD landete unter zehn Prozent.

Die linken Bewegungen und Parteien (auch die SPD) haben zwar Mitglieder gewonnen, in der öffentlichen Meinung durchdringen konnten sie nicht. Tatsache ist, dass die linke Kritik, was Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung angeht, zum Mitläufer der Grünen abgesunken ist. Die Diskussionen, die um solche Fragen in den Gewerkschaften, aber auch in den Belegschaften und ihren Betriebsräten geführt werden, beachten sie kaum. Dieses Defizit muss getilgt werden. Das ist zuallererst eine Frage des guten Willens.

Kommunale Selbstverwaltung

Aber wenn es um wirtschaftliche Probleme geht, orientieren sich die Leute an Ergebnissen. Das bayerische Wählervotum hat die SPD und die Linke zur Bewährung in der Kommunalpolitik verdonnert. Die gute Botschaft ist, dass auf diesem Feld Koalitionen links von der Mitte, mit den Grünen, mit kleineren Parteien und Wählervereinigungen rechnerisch und auch inhaltlich möglich sind. Zum Beispiel in München, hier eine kleine Tabelle, in der kleine Parteien wie die ÖDP und andere gar nicht mitgerechnet sind:

Landtagswahlen (LW), Kommunalwahlen (KW), Europawahlen (EU), Bundestagswahlen (BW) im Stadtgebiet München:

Jahr	SPD	Grüne	Linke	Summe
2013 (LW)	32,1	12,1	2,3	46,5
2014 (KW)	30,8	16,6	2,4	49,8
2014 (EU)	26,9	19,6	4,0	50,5
2017 (BW)	16,2	17,2	8,3	41,7
2018 (LW)	12,8	31,1	4,7	48,6

Abrupte Verschiebungen zwischen den Parteien können ein Potential links von der Mitte nicht verdecken. Wahrscheinlich entsteht es, weil in den Städten unübersehbar ist, dass die moderne, in weltweite Arbeitsteilung eingebettete Wirtschaft das Zusammenwirken von Menschen verschiedener Herkunft und Orientierung voraussetzt, und auch, dass der ganz auf Beruf und Lohn fixierte moderne Arbeitsmensch ohne soziale Sicherungssysteme nicht bestehen kann. Damit ist ein Gestaltungsprinzip für die öffentlichen Dienste und Einrichtungen da, das in der städtischen Verwaltungspraxis eindrucksvoll verwirklicht oder krachend misslingen kann. Umwelt- und Naturschutz können hier Gestalt annehmen. Das gefestigte Leitbild „solidarische Stadt“ kann mit dem Leitbild „Nachhaltigkeit“ verbunden werden. Das ist viel, aber nicht alles.

Ein Leitbild, das Ziele wirtschaftlicher Entwicklung positiv bestimmt, muss entwickelt werden, und es kann, so wie die Dinge liegen, nur im Dialog der Parteien links von der Mitte und zusammen mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden entstehen. Es gibt viele Anhaltspunkte, die nahelegen, dass auf diesem Wege auch linke, besser sollte man sagen, links-alternative Politik in den Landgebieten gefördert wird.

Die Abwehr des Nationalismus

Die Kultur der Solidarität und des kollektiven Miteinander-Auskommens ist in der Geschichte der Bundesrepublik durch den Einsatz der Gewerkschaften in den Betrieben und, vermittelt über die SPD, durch die Gesetzgebung entwickelt worden. Diese Entwicklung war in die Herausbildung der EU eingebettet und hatte die Festigung der Vereinten Nationen als Bezugspunkt und die sogenannte Entwicklungspolitik als Hoffnung. Diese auf die Idee der Völkerverständigung gegründeten Institutionen erodieren, am Beispiel der BRD zeigt sich, wie Abweichungen vom Pfad der Völkerverständigung die Verständigung im Land gefährden. Die Tendenz, Probleme auf Kosten anderer zu bewältigen, erstarkt. Haltung, politische Moral oder, wie die Spitzenkandidatin der SPD immer wieder sagte, Anstand stehen dagegen. Sie stehen auf verlorenem Posten, wenn die politische Linke nicht ausbuchstabieren lernt, was solche Werte etwa für die Arbeitsmarktfreizügigkeit in Europa oder für die Gestaltung der weltweiten Migrationsprozesse oder für Abrüstungsvorhaben bedeuten. Wer in die Veranstaltungskalender einer beliebigen großen Stadt schaut, wird anerkennen, dass öffentliches Interesse an solchen Fragen gegeben ist. □

Die Linke: erste von drei Regionalkonferenzen zum Europawahlprogramm 2019

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM

Am 4. November führte die Linke die erste von drei Regionalkonferenzen zum Europawahlprogramm 2019 (Mannheim; Berlin, 24.11.; Bielefeld, 2.12.) in Mannheim durch. Rund 70 TeilnehmerInnen aus verschiedenen Bundesländern, sowie einzelne MdBs, MdEPs und Mitglieder des Parteivorstands beteiligten sich. Nach einer Begrüßung durch Heidi Scharf, Landes-Co-Sprecherin der Linken Baden-Württemberg, hielt Jörg Schindler, Bundesgeschäftsführer der Linken, einen ersten einführenden Beitrag. Ein schriftlicher Entwurf zum Europawahlprogramm lag noch nicht vor, was aber wohl von den TeilnehmerInnen überwiegend nicht als Nachteil gesehen wurde. So wurde dann bis zur Mittagspause eine lebhaft und sachliche Diskussion, an der viele der Anwesenden teilnahmen, im Diskurs um die von Jörg Schindler vorgestellten Eingangsthemen zu einem zukünftigen Wahlprogramm geführt. Die hauptsächliche Fragestellung dabei war, welche Punkte sollen mit welcher Gewichtung und Zielsetzung im Wahlprogramm behandelt werden.

Zum Abschluss des ersten Teils der Konferenz hielt Faysal Sariyildiz, ehemaliger HDP-Abgeordneter, eine Grußadresse, in der er auf die Lage in der Türkei und die Repression durch das Erdogan-Regime einging. Damit schuf er auch einen Bezugspunkt für spätere Beiträge, die betonten, dass Europa größer ist als die EU und dass zur Europapolitik der Linken z.B. auch die Politik im Europarat (nicht nur im Europaparlament) gehört, der Kampf um Menschenrechte genauso wie die Unterstützung der HDP, der Schwesterpartei der Linken in der Türkei.

Nach der Mittagspause befasste sich eine erste Runde, (in der die TeilnehmerInnen „zufällig“, durch „Abzählen“, zusammenkamen) mit der Frage, wie soll der Wahlkampf vor Ort geführt werden. Eine zweite Runde bestand darauffolgend aus Arbeitsgruppen nach thematischen Fragestellungen, die im ersten Teil genannte Sachthemen der EU- und Europapolitik wieder aufnahmen, erweiterten und vertieften. Die Beiträge aus beiden Arbeitsrunden wurden jeweils an Moderationstafeln zusammengestellt und abschließend kurz kommentierend im Plenum vorgestellt. Sie sollen in den Entwurf zum Europawahlprogramm 2019 der Linken einfließen.

Seinen Einleitungsteil eröffnete Jörg Schindler mit der Feststellung, dass Europa rechter geworden ist und dass man – Bezug nehmend auf Gramscis Terminologie –

– in einzelnen europäischen Ländern bereits von einer „Hegemonie“ der Rechten sprechen müsse. Die Linke müsse davon ausgehen, dass die Rechte versuchen wird, die „Diskurskultur“ weiter und in allen Ländern nach rechts zu verschieben.

Um EU und Europa werde der rechte Block nationalistisch für „Deutschland zuerst“ bzw. in allen Ländern für die jeweils eigene Nation „zuerst“ und gegen „die Anderen“ mobilisieren. Dagegen würde der „zweite Pol“ – in Deutschland die Regierungsparteien, aber wohl auch die FDP und die Grünen – einen Wahlkampf einfach „für Europa“ führen wollen. So drohe der Wahlkampf zu einem zwischen „für oder gegen“ Europa zu werden. Wie soll sich da die Linke verhalten?

So in aller Kürze angemessen die Feststellung zum rechten „Block“ erstmal sein mag, so wenig haltbar ist die Skizzierung des „zweiten Pols“ – in Deutschland gewissermaßen aller (ohne AfD) anderen, außer der Linken. Dies mindestens in dreierlei Hinsicht, da Jörg Schindler die Gemeinsamkeiten dieses „Pols“ dann auch noch mit dem Charakteristikum „einfach weiter so mit Europa“ umschrieb. Solche holzschnittartig-simplen Charakterisierungen führen schon bei der Analyse der Ist-Situation kaum weiter und versagen vollends, wenn die Partei die Linke zur Definition praktischer Politik kommen will. Denn: (a) Wo – also bei welcher Partei – kann man von einem Weiter-so in der EU- und Europapolitik sprechen? Doch bei keiner. Alle Parteien versuchen, auf ihre Art und für die von ihnen vertretenen Interessen Antworten, Zielsetzungen und politische Handlungsschritte unter sich ändernden Gegebenheiten und für die Mobilisierung ihrer WählerInnen zu finden. (b) Wie will man zu einer differenzierten und differenzierenden Europapolitik gegenüber anderen Parteien kommen, wenn man sie zunächst mal (gewissermaßen „anfangsverdachtsmäßig“) alle in einen Topf wirft? (c) Eine Vorweginterpretation der Auseinandersetzung in den Europawahlen als lediglich für oder gegen Europa würde die eigene Europawahlkampagne wegführen von der konkreten Frage: Welche konkreten Reformen der und in den bestehenden Institutionen (und unter den gegebenen Bedingungen) wollen wir? hin zu einer rein abstrakt-propagandistischen Gegenüberstellung „Wirklichkeit/und was wir lieber hätten“. Das hat die Linke doch gar nicht nötig. (Immerhin ermutigend: die alte Hilfs-idee „wir machen mal einen Neuanfang“



der EU kam in der ganzen Konferenz mit keiner Silbe auf.)

Während dann in der Diskussion – von wenigen kritischen Anmerkungen abgesehen – die

weitere Analyse des „zweiten Pols“ kaum eine Rolle spielte, wurde in der Diskussion um so ausführlicher auf die Hinweise Jörg Schindlers für die Positionierung linker Politik Bezug genommen. Die Linke müsse in den Europawahlen „verbindende“, „praktische Lösungen“, Antworten und Forderungen auf Fragen geben, die sich nur übernational, nicht-national lösen lassen, führte Jörg Schindler aus. Ausdrücklich als Beispiele nannte er: Finanzen und Finanzwirtschaft, Klima, Sicherheit, Flucht und Migration. Die Linke müsse humanitäre, soziale, wirtschaftliche Mindeststandards mit den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Europa herausarbeiten, begründen und vertreten. Dieser, wenn man so will, eher „funktionale“ Ansatz zur Kritik des Nationalismus (also: Nationalismus untauglich zur realen Problemlösung in Europa) wurde in vielen Redebeiträgen und mit vielen praktischen Beispielen und Themen aufgegriffen: europaweit jeweilige Mindestlöhne in den verschiedenen Ländern, Notwendigkeit eines europäischen Sozialversicherungssystems, erster Schritt Arbeitslosenversicherung, harmonisierendes Steuersystem, europäische Wirtschaftspolitik und Ende der Austeritätspolitik, Kritik der Militärpolitik, Rüstungsabbau.

Ausdrücklich kritisch wurde an Jörg Schindlers Beitrag das Fehlen eines Konzepts „verbindender“ linker europäischer Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik von Seiten des Parteivorstandes vermerkt, (obwohl es dazu durchaus Vorschläge aus den Reihen des Parteivorstandes gibt.) Kritisch nachgefragt wurde auch, warum die Linke nicht ausdrücklich den Pakt für Flüchtlinge und für Migration der Vereinten Nationen unterstützt, gerade weil er jetzt von der Rechten auch in Europa angegriffen wird (u.a. will Österreich seine Unterstützung zurück ziehen.) Ebenso wurde das Fehlen von Vorschlägen zur Demokratisierung des Europaparlaments angemahnt.

Als Ergebnisse aus der Arbeitsrunde zur Wahlkampfplanung wurde u.a. die Notwendigkeit betont, neue Methoden und Informationsmittel zur Aufklärung auch über die Vorteile der EU für die Menschen in Europa und über die Verbindung von lokalen und regionalen Problemen und möglichen Lösungen in durch und mit der EU zu finden (Kommunale Ausschreibungen, Strukturpolitik, Antidiskriminierung etc.). □

Italien: Der „Haushalt des Volkes“

PAOLA GIACULLI, BERLIN 2. NOVEMBER 2018

Der Bruch mit der EU-Austeritätspolitik muss nicht unbedingt zu einer Abkehr von der neoliberalen Politik führen. Deshalb sollte die „Rebellion“ der italienischen Regierung gegen den Zwang des Fiskalpaktes aus linker Sicht nicht als Befreiungsschlag oder als Sieg der Politik über die Märkte gefeiert werden. Der Fiskalpakt muss im Namen einer konsequenten Investitions- und Beschäftigungspolitik bzw. sozial gerechten Steuerpolitik überwunden werden. Dazu braucht es außerdem eine andere Wirtschafts- und Industriepolitik. Davon fehlt jegliche Spur im aktuellen italienischen Haushaltsentwurf und in diesem Sinne unterscheidet sich die jetzige Regierung von den früheren kaum. Die einzelnen Posten sind noch nicht bekannt, aber von den 36,7 Milliarden Euro (ca. 22 Milliarden Neuverschuldung) sollen ca. 9 Milliarden für die Einführung eines so genannten Bürgereinkommens bzw. eine Aufstockung von Mindestrenten bzw. Niedriglöhnen auf 780 Euro verwendet werden. Weitere sieben Milliarden werden eingestellt, um die Rentenreform (Regierung Monti 2012) nachzubessern. Angekündigt ist eine Frühverrentung mit 62 Jahren bei 38 Beitragsjahren. Ungefähr 150 000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst könnten dies 2019 nutzen. Da fehlt aber ein Plan für eine rasche Einstellung von neuen Arbeitskräften, um einen Kollaps vor Ort zu verhindern.

Steuersystem

Natürlich wäre die Einführung einer Flat Tax, bzw. eines nicht progressiven Steuersystems, weder verfassungskonform noch aus linker Sicht akzeptabel. In den letzten 25 Jahren wurden die Steuersätze für Kapitalgesellschaften und höhere Einkommen systematisch reduziert, für niedrigere Einkommen aber zugunsten von Finanzrenditen und Reichen erhöht.

Zwar muss es den Klein- und Mittelunternehmen (KMU), die unter der Wirtschaftskrise besonders gelitten haben, geholfen werden (mitverantwortlich für ihr Leiden ist übrigens der Staat selbst, der den KMU 57 Milliarden für ihre Aufträge schuldet). Aber es kann nicht sein, dass die umfangreiche Steuerhinterziehung von geschätzt 110 bis 130 Milliarden pro Jahr geduldet und aufgrund eines Steuererlasses Steuerhinterzieher geschont werden.

Investitionen

Im Haushaltentwurf werden nur 3,5 Milliarden für Investitionen eingestellt.

Details über diesen Posten bleiben bis dato unbekannt. Trotz des Alarmzustandes im Lande angesichts maroder Infrastrukturen, einstürzender Schulen, Brücken und Straßen, der alarmierenden Bodenerosion, die eine wilde Bauspekulation im Laufe der letzten Jahrzehnte zum großen Teil zu verantworten hat, den Verwüstungen von Erdbeben und schließlich des Klimawandels haben sich öffentliche Investitionen in den Jahren 2008 bis 2018 unglaublicherweise um 30 Prozent reduziert. Auch diese Regierung sieht hier keinen Handlungsbedarf. Bildung und Kultur gehen (wieder) leer aus. Die Schüler*innen waren neulich auf den Straßen mit dem Motto „wir wollen die acht Milliarden zurück, die uns Berlusconi vor zehn Jahren weggenommen hat!“.

Bürgereinkommen

Das „Bürgereinkommen“ ist ein italienisiertes Hartz IV. Sozial- und Wirtschaftsminister Luigi Di Maio (5Sterne) war Anfang Oktober nicht zufällig zu Besuch bei den deutschen Kollegen Hubertus Heil und Peter Altmaier, die laut Di Maio Verständnis und Kooperationswillen gezeigt haben. Das „Bürgereinkommen“ soll wie in Deutschland [1] ein institutionalisiertes Überwachungssystem werden, in dem die Leistungsbezieher*innen nicht frei über das erhaltene Geld verfügen können. Dies kann kaum noch als sozialstaatliche Politik definiert werden. Nur elektronische Zahlungen sollen erlaubt und die Leistung muss monatlich aufgebraucht werden. Bis zu drei Arbeitsangeboten dürfen abgelehnt werden, Fortbildungskurse und acht Stunden „gesellschaftlich nützliche“ Arbeit sind Pflicht. Auch nichtitalienische Bürger*innen, die zumindest fünf Jahre in Italien angemeldet sind, dürfen immerhin die Leistung beziehen. Sozialbetrüger*innen sollen mit bis zu sechs Jahren Haft bestraft werden. „Unmoralisches Einkaufen wird nicht erlaubt“, mahnt Di Maio. Noch unklar ist, was die Leistungsempfänger*innen nicht kaufen werden dürfen (abgesehen von Alkohol, Tabak, und Spielen) und wie sie überwacht werden sollen. Für die Errichtung bzw. Umgestaltung von Arbeitsagenturen wird eine Milliarde Euro vorgesehen. Aktuell gibt es 552 solcher Zentren mit knapp 8000 Beschäftigten, die bisher nicht einmal 3 Prozent der eingetragenen Arbeitssuchenden einen Job vermitteln konnten. Die Hälfte davon verfügt nicht einmal über ein aktualisiertes Informationssystem. Die Zahl der möglichen Empfänger*innen wird auf um fünf Millionen geschätzt. Sie leben vor allem im Süden, wo die Arbeits-

agenturen technologisch noch schlechter (72 Prozent) ausgestattet sind. Um die Sozialleistungen überweisen zu können, müssten sie aber in der Lage sein, Anspruchsvoraussetzungen zu überprüfen und deshalb sich mit Finanzamt, Banken, Zoll zu koordinieren. Wie das bis April 2019 geschehen soll, bleibt für viele Experten noch ein Rätsel.

Mittel für Integrationsaufgaben

Gleichzeitig werden Integrationsmittel gekürzt. Öffentliche Flüchtlingszentren vor Ort sollen dichtgemacht werden. Schon protestieren Kommunen dagegen, denn gerade diese Zentren sind gute Beispiele für gelungene Integration. Aber Innenminister Matteo Salvini (Lega) wollte mit seinem Kampf gegen den Integrationsbürgermeister von Riace ausgerechnet in der Region Kalabrien, Hochburg einer der mächtigsten kriminellen Organisationen der Welt, der N'drangheta, ein Exempel statuieren. Gegen die Abwanderung (geschätzt 250 000 bis 300 000 Menschen pro Jahr seit 2013), anders als die Einwanderung ein alarmierendes Problem besonders in Süditalien, wird übrigens nichts unternommen. Zum Verteidigungsetat (aktuell 1,15 Prozent des BIP) sagte Verteidigungsministerin Elisabetta Trenta (5Sterne) der Nato-Forderung nach dem Anstieg auf zwei Prozent bis 2024 zu. Anders als von der 5Sterne-Bewegung versprochen wird Italien die umstrittenen Jagdbomber F-35 von den USA für zehn Milliarden kaufen. Die im Haushaltsentwurf enthaltenen Kürzungen (60 Mio. für 2019 bzw. 531 Mio. für die Jahre 2019 bis 2031) stellen eher organisatorische Korrekturen dar.

„Dekret der Würde“

Die Versuche, durch ein so genanntes Dekret der Würde (August 2018), Arbeitsprekarisierung und Deindustrialisierung zu bekämpfen, sind zwar im Prinzip lobenswert, aber weit ungenügend. Unternehmen, die öffentliche finanzielle Unterstützung erhalten haben, dürfen fünf Jahre lang nicht verlagert werden. Befristete Arbeitsverträge ab zwölf Monate dürfen nur mit Sachgrund bis auf 24 Monate verlängert werden. Alle anderen dürfen bis viermal (statt fünf) verlängert werden. Diese Maßnahmen könnten freilich auch zu mehr Scheinselbstständigkeit führen. Anzeichen dafür gibt es: In den letzten Monaten ist die Zahl sowohl der unbefristeten als auch der befristeten Arbeitsverträge im Vergleich zur gleichen Periode 2017 gesunken, die der Selbständigen gleichzeitig gestiegen.

Ob all dies die Entwicklung in Italien positiv beeinflussen kann, scheint fraglich. Die 5Sterne-Bewegung hat sich von der Lega vereinnahmen lassen, einer fremdenfeindlichen Partei, die ihr Agieren auf Hetze gegen Süditalien und Südländer*innen fundiert und vor kurzem aus opportunistischen Gründen eine „nationale“ Partei geworden ist. Staatspräsident Mattarella wollte keinen EU-skeptischen Finanzminister, aber hat erstaunlicherweise das verfassungswidrige Sicherheitspaket unterschrieben, wenn auch mit Bedenken.

Was wäre nötig

Was Italien braucht ist, neben einen großen Investitionsplan, eine Wirtschafts- und Industriestrategie, um Beschäftigung zu schaffen und das enorme Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd zu überwinden. Neben dem, was auf nationale Ebene möglich ist, sollte eine EU-koordinierte Wirtschafts-, Steuer-,

und Lohnpolitik durch die Einführung von Mindestsozialstandards dem Fiskalpakt und dem Wettbewerb innerhalb der EU ein Ende setzen. Das würde die Verlagerung von Betrieben in Niedriglohnmitgliedsstaaten mit Niedrigsteuern eindämmen, die für den massiven Verlust von Arbeitsplätzen verantwortlich ist und dazu beitragen, Beschäftigung und Knowhow vor Ort zu behalten und zu differenzieren. Die linke Alternative zur aktuellen Europäische Union sollte der Aufbau eines Raums der sozialen Menschenrechte sein, der dezidiert gegen den lebensbedrohlichen Klimawandel kämpft und der gleichzeitig enorme Chancen für die Beschäftigung eröffnen könnte.

Der Streit zwischen EU-Austerität und „Volkssouveränität“ ist eine Zwickmühle, der sich linke Politik entziehen sollte. Die bestehenden EU-Regierungen, die sich auf diese Souveränität berufen, betreiben eine neoliberale Politik und be-

schneiden die Rechte aller, die als „volksfremd“ angesehen werden. Die sozialen Rechte werden zu Zugeständnissen eines autoritären Staates, der die „Fremden“ bzw. Anderslebenden und Armen stigmatisiert und noch größere Ungerechtigkeit schafft. Ausgrenzung, Beschneidung von Bürgerrechten und Überwachungswahn stellen eine verschärfte Stufe des antisozialen Neoliberalismus der letzten 30 Jahre dar. Auch Italien mit seiner jetzigen Regierung scheint diesen Weg mit dem von Di Maio genannten „Haushaltsgesetz des Volkes“ (manovra del popolo) einzuschlagen.

[1] Hubertus Heil soll in seinem Gespräch mit Di Maio gesagt haben: „Endlich habe ich verstanden, dass es nicht um eine Transferleistung handelt, sondern um eine Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie das deutsche Hartz IV“. Il Fatto quotidiano, 9. Oktober 2018, <https://www.ilfattoquotidiano.it/2018/10/09/centri-impiego-di-maio-a-berlino-si-accredita-col-governo-e-studia-il-modello-che-ha-dimezzato-la-disoccupazione/4680141/>

Der „Fall Italien“ – einige Bemerkungen

PAOLA GIACULLI, BERLIN 26. OKTOBER 2018

Anders als es oft auch von linksorientierten Ökonomen behauptet wird,[1] leidet Italien nicht unter mangelnder Exportrentabilität. Die Finanz- und Wirtschaftstageszeitung Il Sole 24ore des italienischen Industrieverbandes Confindustria berichtet[2] über die letzten drei Jahre als „goldene“ Zeit, in der die „deutsche Lokomotive geschlagen“ wurde. Laut Statistik des statistischen Amtes ISTAT wächst die italienische Industrie (+3,8 Prozent) 2017 anders als erwartet mehr als die deutsche (+2,7), britische (+2,3) und französische (+1,7). Dazu hat insbesondere der Export beigetragen. Der italienische Handelsüberschuss in der Industrie, der fünfstärkste der Welt, hat sich in den letzten zehn Jahren in diesem Bereich fast verdoppelt (von 53 Mrd. 2007 auf 97 Mrd. 2017) und nach den Tiefs der Jahre 2008 bis 2013 als Motor der italienischen Wirtschaft erwiesen. Im Vergleich zu 2013 wachsen insbesondere die Sparten Transportmittel (+42 Prozent), Metallprodukte (+13,8), Pharmazeutik (+12,4), Chemie (+12,3) und Lebensmittel (+9,9). Italien scheint also alles andere als konkurrenzunfähig zu sein. Aber die Erfolge der Industrie können kaum zum Wachstum des BIP beitragen. Wo hakt es dann?

Das enorme Ungleichgewicht innerhalb des Landes stellt einen großen Bremsfaktor dar. Das Wirtschaftssystem und somit Italien ist tief gespalten: einerseits der erfolgreiche Industriesektor, andererseits kriselnde öffentliche Dienste, Infrastrukturen, Bauindustrie, Dienst-

leistungen, Energie, Wasser, Transporte. Norditalien, wo sich die Industrie konzentriert, ist längst Bestandteil der nördereuropäischen Wirtschaftsregion, während der deindustrialisierte Süden unter chronischem Mangel an Infrastrukturen und hohen Armutsraten leidet (im Vergleich: Erwerbslosigkeit im Norden ist ähnlich niedrig wie in Deutschland, im Süden ähnlich hoch wie in Griechenland[3]).

Die Situation ist sehr komplex, denn die Deindustrialisierung betrifft in den letzten Jahren auch traditionell gut entwickelte Gebiete im Norden und im Zentrum, z.B. im Textil- und Metallbereich. Durch den Abverkauf von „Erbstücken“ der italienischen Wirtschaft an internationale Konzerne bzw. Investitionsfonds (neulich von Magneti Marelli, Konkurrenz von Bosch) herrscht allgemeine Ungewissheit über das Erhalten von Arbeitsplätzen und Know-how. In mehreren Fällen hat dies zu Schließungen und deshalb hoher Erwerbslosigkeit geführt. Die andauernde Verlagerung von nicht unbedingt von der Krise betroffenen bzw. soliden Betrieben nach u.a. Serbien, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien hat die Beschäftigungskrise weiter verschärft. Bis zum Paradox, dass Facharbeiter ins Ausland geschickt werden, um Kollegen fortzubilden, die ihre Jobs jetzt „wegnehmen“, wie im Fall des Embraco (Whirlpool) bei Turin, mit 500 Beschäftigten (1450 Euro Nettolohn), der aufgrund von Niedriglöhnen (Mindestlohn bei 500 Euro) und günstiger Unternehmenssteuer in die Slowakei verlagert wurde.

Außerdem grassieren Korruption und organisierte Kriminalität weiter, insbesondere dort, wo wie im Süden hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Den in Italien höchsten und EU-drittschlechtesten Anteil an jugendlichen Erwerbslosen hat Kalabrien mit 55,6 Prozent (Eurostat, April 2018). Hier besitzt die lokale Mafia, die mächtige N'drangheta, faktisch das globale Monopol auf den Kokainhandel (80 Prozent).

Die Steuerhinterziehung bzw. -vermeidung wird aktuell bei 100 bis 130 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt[4]. Außerdem: In einem Land mit extrem maroden Infrastrukturen, das immer wieder von Erdbeben, Bodenerosion, Erdrutschen geplagt wird, sollte der Staat natürlich viel mehr in Infrastrukturen investieren. Im von der EU-Kommission gerade abgelehnten Haushaltentwurf liegt der Anteil dazu bei 3,5 Prozent.

(Auszüge aus einem Artikel, der bereits von Axel Troost in seinem Newsletter verschickt und von OXI online in verkürzter Fassung publiziert wurde).

[1] Neulich von H. Flassbeck, „Moscovici, der letzte Sozialiste“, Makroskop, 22. Oktober: „Der Weg über steigende Exportüberschüsse, den Italien früher oft mit Erfolg gegangen ist, gibt es in der Währungsunion nicht mehr, weil Deutschland mit seiner durch jahrelanges Lohndumping erworbenen überragenden Wettbewerbsstellung jeden Versuch in diese Richtung blockiert“.

[2] Il Sole 24ore, 24. Oktober 2018 <https://www.ilsole24ore.com/art/commenti-e-idee/2018-10-24/il-triennio-d-oro-manifattura-battuta-locomotiva-tesca-082505.shtml?uuid=AEQXnDUG>

[3] http://dati.istat.it/Index.aspx?DataSetCode=DCCV_TAXDISOCCU1

[4] In Deutschland sind es 165 Mrd. laut der NGO Tax Justice Network; https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_82649640/enthuellungen-durch-paradise-papers-steuerparadiesen-kosten-deutschland-viele-milliarden.html

Aufruf „Ende Gelände“

Hambacher Forst: Symbol des Widerstands gegen Klimazerstörung!

Kohle muss im Boden bleiben, um eine Klimakatastrophe zu verhindern. Alle wissen es, doch nichts passiert. Die Bundesregierung stützt die klimaschädlichen Industrien und missachtet ihre eigenen, unzureichenden Klimaziele. Anstatt sofort die Kohlekraftwerke abzuschalten, verschwendet sie wertvolle Zeit mit einer Kommission voller Kohleausstiegsbremsen. Doch wir haben keine Zeit mehr: Menschen leiden bereits jetzt unter Dürren, verlieren durch Extremwetter-Ereignisse ihr Zuhause und kommen durch klimabedingte Infektionen und Hunger zu Tode. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Klimazerstörung jetzt dort zu stoppen, wo sie produziert wird ... Ende Gelände ruft deshalb dazu auf, sich im Oktober 2018 am Hambacher Forst dem Kohleabbau und damit dem absurden Wachstumszwang entgegenzustellen ... Gleichzeitig wird – nach der erfolgreichen Rodungs-Verhinderung 2017 – der „Hambi“ für immer mehr Menschen zum lebendigen Symbol des Widerstands gegen die fossile Energieindustrie. ... Hier kristallisiert sich heraus, wie profitorientiertes Wirtschaften Lebensgrundlagen vernichtet – im Hambacher Forst und weltweit. Denn bevor der Kohlekonzern mit dem zerstörerischen Braunkohle-Abbau begann, wurde der Wald von der lokalen Bevölkerung als Gemeingut nachhaltig genutzt. Deshalb ist unser Widerstand auch ein Protest gegen die globale Ungerechtigkeit, die der Kapitalismus produziert. Während die Klimakiller sich weiter bereichern, leiden die von Ausgrenzung und Unterdrückung betroffenen Menschen im globalen Süden am meisten unter den Folgen der Klimazerstörung ...

<https://www.ende-gelaende.org/de/aufruf-2018/>

NRW-Linke: „Raus aus der Kohle – aber sozial!“

Die Linke NRW unterstützt die Proteste von Ende Gelände im Rheinischen Braunkohlerevier vom 25. bis 29. Oktober. Sie ruft auf zur Teilnahme an der Solidaritätsdemonstration: Ende Gelände für die Kohle am Samstag, 27. Oktober. „Am 6. Oktober haben 50 000 Menschen ein machtvolleres Zeichen für den Erhalt des Hambacher Waldes und für einen entschlossenen Kohleausstieg gesetzt“, kommentiert Hanno Rauwendorf, Spre-

cher für Umwelt- und Klimaschutz im Landesvorstand der nordrhein-westfälischen Linken und ergänzt: „Der Wald scheint vorübergehend gerettet, aber für uns bleibt klar: Wir müssen raus aus der Kohleverstromung. Bis 2020 müssen die 20 ältesten Meiler vom Netz, wenn wir unsere selbst gesteckten Klimaziele nicht verfehlen wollen. Der gerade veröffentlichte IPCC-Sonderbericht – 1,5 °C globale Erwärmung hat uns allen noch einmal deutlich vor Augen geführt, welche verheerenden Konsequenzen der Menschheit bevorstehen, wenn es ihr nicht gelingt, jetzt sehr schnell aus den fossilen Energieträgern auszusteigen. Wir werden es aber auch nicht hinnehmen, wenn der Ausstieg zu Lasten der Beschäftigten und der Region versucht werden sollte. Wir kämpfen für einen gut gefüllten Strukturwandelfonds für die Braunkohleregionen. Die Linke fordert, dass aus Bundesmitteln jährlich 500 Millionen Euro bereitgestellt werden, um den Strukturwandel in den Braunkohleregionen zu unterstützen und sozial abzusichern. Der Anteil für NRW muss aus dem Landeshaushalt entsprechend aufgestockt werden.

<https://www.dielinke-nrw.de/start/presseerklarungen/>

IG BCE: „Wir sind laut für unsere Jobs!“

Unter diesem Motto sind am Mittwoch auf zwei Veranstaltungen im rheinischen Revier mehr als 30 000 Menschen auf die Straße gegangen. Den Start bildete ein Demonstrationzug durch Bergheim, wo am selben Tag die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ tagte ... Die IG BCE und der Verdi-Fachbereich Ver- und Entsorgung hatten zu dem Aktionstag aufgerufen. Neben den Beschäftigten aus der Braun- und Steinkohleverstromung hatten sich auch viele Mitarbeiter aus energieintensiven Industrien wie Chemie, Aluminiumhütten oder Automobilzulieferer beteiligt, so dass deutlich mehr Demonstranten auf der Straße waren als geplant ... Beschäftigte aus dem Tagebau Hambach übergaben mehr als 27 000 Unterschriften von Menschen aus der Region, die den Re-



vierappell von IG BCE und Verdi unterstützen, an Matthias Platzeck, einen der Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ... „Diese eindrucksvolle Demonstration zeigt deutlich: Klimaschutz geht nur, wenn die Menschen mitgenommen werden. Wir brauchen Lösungen, die die Angst der Beschäftigten vor einem Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen nicht verschärft, sondern nimmt“, sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in Berlin.

<https://m.igbce.de>

BUND: Hambacher Forst kann erhalten werden

Düsseldorf/Köln: Einen Tag vor dem Besuch der Kohle-Kommission im Rheinischen Braunkohlenrevier hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) neue Studien zur energiewirtschaftlichen Notwendigkeit des Tagebaus Hambach und den Auswirkungen verschiedener Klimaschutzszenarien auf den Hambacher Wald vorgelegt. Nach diesen aktuellen Untersuchungen kann der Tagebau noch bis zu seinem geregelten Auslaufen fortgeführt werden, ohne weitere Bäume fallen zu müssen. Damit widerspricht der BUND den RWE-Aussagen, wonach der wertvolle Wald auf jeden Fall verloren sei ... „Es ist unerträglich wie RWE mit falschen Behauptungen auch die eigene Belegschaft aufstachelt. Der vom BUND erreichte Rodungsstopp ist mitnichten für den Rückgang der Kohleförderung verantwortlich, sondern allein die bereits geplante Stilllegung alter Blöcke. RWE und der Vorstandsvorsitzende Schmitz müssen endlich für den Kohleausstieg planen, dann wird es sozialverträgliche Lösungen für die Beschäftigten geben.“ Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die Fortführung des Tagebaus Hambach hat der BUND das Öko-Institut beauftragt, zu untersuchen, welche Braunkohlenfördermenge aus dem Tagebau Hambach noch zulässig ist, ohne die deutschen Klimaschutzziele zu gefährden. „Das Ergebnis ist eindeutig. Der Großteil der Hambacher Kohle muss im Boden bleiben, wenn Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen will“, so der Geschäftsleiter des BUND NRW, Dirk Jansen. ... Der BUND hat die Böschungssysteme des Tagebaus Hambach analysiert und mit den Vorgaben der Bergbehörden abgeglichen. Danach sollen die Böschungen an der Gewinnungsseite für den Restsee sogar steiler geformt werden als heute, ohne die Stabilität zu gefährden. Auch eine Abflachung der Böschungen gegen Tagebauende wäre möglich, ohne weiter Land oder Wald in Anspruch nehmen zu müssen, indem das Restloch von

innen angekippt wird. So sieht es auch der Braunkohlenplan des Landes NRW vor. „Wenn jetzt von RWE behauptet wird, dazu seien Millionen von LKW-Fahrten notwendig, so ist das schlichtweg falsch“, so der BUND-Vize Krämerkämper. „Der Braunkohlenplan sieht die Schüttung der späteren Restsee-Böschungen vor. Dazu werden auch heute schon weit überwiegend Förderbänder eingesetzt.“ Würde die jetzige Böschung, während im Tagebau gefördert wird, bereits in einem steileren Winkel gestaltet, würde das wiederum einen räumlichen und zeitlichen Puffer schaffen, der über Jahre hinweg eine weitere Braunkohlenförderung zuließe, ohne dass der Hambacher Wald gerodet werden müsste. Nach den BUND-Analysen ist mit einem solchen Vorgehen eine Braunkohlenförderung von bis zu 490 Millionen Tonnen möglich. „Das entspricht einem Puffer von mindestens 12 Jahren auf dem Förderniveau von 2017 und sogar fast 20 Jahren auf dem geplanten Förderniveau für 2020“, erklärte Thomas Krämerkämper.

<https://www.bund.net/>

„Unser Revier – Unsere Zukunft“

Verdi und IG BCE bringen Revier-Appell auf den Weg. „... Im Rheinischen Revier ist die Braunkohle ein zentraler Wirtschaftsfaktor. An ihr allein hängen in der Region mehr als 30 000 Arbeitsplätze. Der Teilbetrag der Wertschöpfung aus Braunkohle, der heute in die drei Braunkohlereviere fließt, ist deutlich größer als die Summe der Fördermittel, die in ganz Deutschland für Strukturpolitik zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung will in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ Maßnahmen vereinbaren, um das für 2030 gesetzte Ziel der CO₂-Reduktion zu erreichen und gleichzeitig die Lücke zum für 2020 gesetzten Wert von 40 Prozent Minus gegenüber dem von 1990 so weit wie möglich zu schließen ... Die Pläne verfolgen hunderttausende Mitarbeiter in der Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie mit großer Sorge. Der Pfad für ein Auslaufen der Kohleverstromung ist heute bereits vorgezeichnet – durch in den kommenden Jahrzehnten auslaufende Genehmigungen und dadurch, derzeit keine neuen Kraftwerke gebaut werden. Die Klimaschutzziele 2030 und 2050 lassen sich deshalb auch ohne ein symbolisch gesetztes Ausstiegsdatum für die Kohleverstromung erreichen. Ein verfrühtes, von Symbolpolitik getriebenes „Abschalten“ würde dagegen schmerzhaft Folgen für die gesamte heimische Industrie haben: Kahlschlag in den Regionen, steigende Energiepreise und Jobabbau. Nieman-

dem ist geholfen, wenn wir uns mit der Energiewende übernehmen. Die Braunkohle ist vor allem deshalb Deutschlands günstigster Energieträger, weil sie direkt am Ort des Abbaus verstromt wird. Die „lineare Logik“ eines schrittweisen Herunterfahrens funktioniert hier deshalb nicht. „Abschalten“ würde den Strukturbruch und damit Kahlschlag bedeuten! ... Wir wissen, dass die Braunkohleverstromung eine Auslaufphase durchläuft. Aber wir wollen nicht, dass die soziale und wirtschaftliche Zukunft unserer Region auf dem Altar energiepolitischer Glaubensfragen geopfert wird! ...

1. Die Zukunft des Reviers ist der Maßstab. In ihrem Einsetzungsbeschluss für die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KOM WSB) legt die Bundesregierung fest, dass die Kommission zuerst ihre Empfehlungen zur sozialen und strukturellen Entwicklung der Braunkohleregionen sowie ihrer finanziellen Absicherung vorlegen soll. Wir begrüßen diese Prioritätensetzung! Das diese Empfehlungen bereits bis Ende Oktober fertiggestellt sein sollen, halten wir nicht für realisierbar – jedenfalls nicht, wenn man die betroffenen Regionen ernsthaft in die Erarbeitung dieser Empfehlungen einbeziehen will. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, den betroffenen Braunkohleregionen ein BETEILIGUNGS-KONZEPT vorzulegen.

2. Es geht nicht um Abbau, sondern um Aufbau. Wir legen Wert darauf, dass die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KOM WSB) keine Abwicklungs- oder Ausstiegskommission ist. Nicht die negative Botschaft, etwas abzuschaffen, sondern der Aufbau neuer, nachhaltiger, weiter industriell geprägter regionaler Strukturen muss im Vordergrund stehen. Ebenso muss die Standortsicherung der vielen energieintensiven Industrien im direkten und weiteren Umfeld des Rheinischen Reviers gewährleistet sein ...

3. Wir brauchen ein regionales Strukturentwicklungskonzept. Wir brauchen nicht nur schöne Prestigeprojekte, sondern auch ein in sich schlüssiges, auf einer genauen Analyse aufbauendes, regionales Strukturentwicklungskonzept, welches maßgeschneidert auf die Kommunen rund um die Tagebaue und Kraftwerksstandorte eine nachhaltige Strukturentwicklung fördert. Wir fordern den Bund und das Land NRW auf, ein REGIONALES STRUKTURENTWICKLUNGSKONZEPT für das Kerngebiet des Rheinischen Braunkohlereviere als das zentrale Instrument einer zielgerichteten regionalisierten Strukturentwicklung aufzusetzen.

4. Ganzheitlich denken und wirk-

lich alle Kräfte intelligent bündeln! Ein erfolgreicher Strukturwandel im Rheinischen Revier kann nicht allein mit den jetzt vorgesehenen Strukturmitteln des Bundes erzielt werden. Vielmehr sind vorhandene Instrumente und Mittel intelligent zu bündeln, um die Infrastruktur der Region in den Bereichen Verkehrsnetze, digitale Netze, Forschung, Bildung, Technologie und Wohnen aus- bzw. umzubauen. Wir fordern deshalb die NRW-Landesregierung und die Bundesregierung auf, einen umfassenden Entwicklungsansatz zu wählen, in dem Instrumente wie der Bundesverkehrswegeplan, die Digital-, Technologie- oder Industrie 4.0-Strategie, der Breitbandausbau usw. aufeinander abgestimmt im Rheinischen Revier angewandt werden. Dazu sollte der Region des Rheinischen Reviers ein entsprechender SONDERSTATUS zubilligt werden.

5. Stärken der Region nutzen. Unser Revier besitzt etwas, woran es anderen Regionen oft fehlt: neu nutzbare Flächen! Darüber hinaus ist unsere Region nicht nur in der Energieerzeugung stark, sondern auch in der Energieforschung und in der Energietechnologieentwicklung. Diese Alleinstellungsmerkmale und die industriellen Kompetenzen müssen zum zentralen Ausgangspunkt der Regionalentwicklung gemacht werden. Daher brauchen wir in diesen Bereichen einen entsprechenden Sonderstatus in der Flächen- und Landesentwicklungsplanung der NRW-Landesregierung.

6. Neuorientieren und dabei Energie- und Industrieregion bleiben. Wir wollen keine „Deindustrialisierung“, sondern weiterhin eine Energie- und Industrieregion bleiben. Gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, moderne industrielle Strukturen, Energieforschung, aber auch neue Technologien zur Energiegewinnung und Energiespeicherung sollen tragende Säulen der regionalen Strukturentwicklung bleiben. An diesen Vorgaben und nicht an abstrakten „Leitmärkten“ sollte sich die zukünftige Förderung unserer Region durch Land und Bund orientieren.

7. Gegen Zentralismus und Kirchturmdenken: EINE regionale Plattform. Für die Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung eines regionalen Strukturentwicklungskonzeptes braucht es eine Arbeitsplattform in Form eines regionalen Entwicklungsmanagementbüros ... Wir sehen die Landesregierung in der Pflicht, eine regionale Entwicklungsagentur zu entwickeln und deren Arbeit eng mit einer auf die Sondermerkmale des Rheinischen Reviers abgestimmten Landesentwicklungsplanung zu verzahnen.

<https://nordrhein.igbce.de/der-revier-appell/169836>

Ein Regionalplan für alle

Erstmals seit 1966 ein Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet

WOLFGANG FREYE

Das erste Mal seit 1966 wird das Ruhrgebiet wieder einen eigenen zusammenhängenden Regionalplan erhalten. Der Entwurf wurde vom Regionalverband Ruhr (RVR) erarbeitet und ist in der Offenlage, d.h. bis Anfang März können alle Interessierten Stellungnahmen oder Einsprüche dazu abgeben. Das gilt sowohl für die sogenannten Träger öffentlicher Belange als auch für die Einwohnerinnen und Einwohner des Verbandsgebietes. Anschließend muss die Verwaltung die Eingaben prüfen und entweder in den Entwurf des Regionalplans einarbeiten oder sie begründet ablehnen. 2020, passend zum 100jährigen Jubiläum der Gründung des RVR, soll der Regionalplan von der Verbandsversammlung des RVR verabschiedet werden.

Der Regionalverband Ruhr ist als Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) 1920 als erster deutscher Regionalverband vom Land Preußen gebildet worden und hatte vor allem die Aufgabe, durch die Entwicklung eines Regionalplans planerische Ordnung in das ziemlich chaotisch entstandene größte deutsche Industriegebiet zu bringen. Die Siedlungen waren in den ersten sieben Jahrzehnten der Industrialisierung oft einfach um die von den Kohlebaronen angelegten Zechen herum entstanden.

Die Notwendigkeit einer Planung für die Region hatte der spätere erste Direktor des SVR, Robert Schmidt, schon 1912

in der Denkschrift „Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf“ dargelegt. Es ging Robert Schmidt dabei nicht zuletzt um sozialpolitische Gesichtspunkte, um die planerische Festlegung von Flächen für Arbeiten, Wohnen, Freizeit und die notwendigen Verkehrswege zwischen diesen Flächen. Die Planung von Grün- und Erholungsflächen hatte dabei einen wichtigen Stellenwert. Der General-Siedlungsplan sollte „... der gesamten Menschenmasse eine einwandfreie Ansiedlung in Gegenwart und Zukunft ... ermöglichen“.

1966 erstellte der damalige Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) als Nachfolger des SVR das letzte Mal einen Regionalplan. 1975 übertrug das Land NRW in der zweiten Funktionalreform die Planungshoheit auch für das Gebiet des RVR auf die drei Bezirksregierungen Arnsberg, Düsseldorf und Münster. Seitdem wurde die Regionalplanung fernab vom Ruhrgebiet nach zum Teil unterschiedlichen Maßstäben entwickelt. Der KVR hatte mit der Regionalplanung nichts mehr zu tun, so dass es schließlich fünf Gebietsentwicklungs- bzw. Regionalteilpläne für das Ruhrgebiet gab. Weil sich diese Situation in der überwiegend eng verflochtenen Stadtlandschaft des Ruhrgebietes immer mehr als Hemmnis erwies, verlagerte das Land NRW im RVR-Gesetz 2009 die Regionalplanungshoheit wieder in die Region.

Regionalplan mit neuen Ansätzen

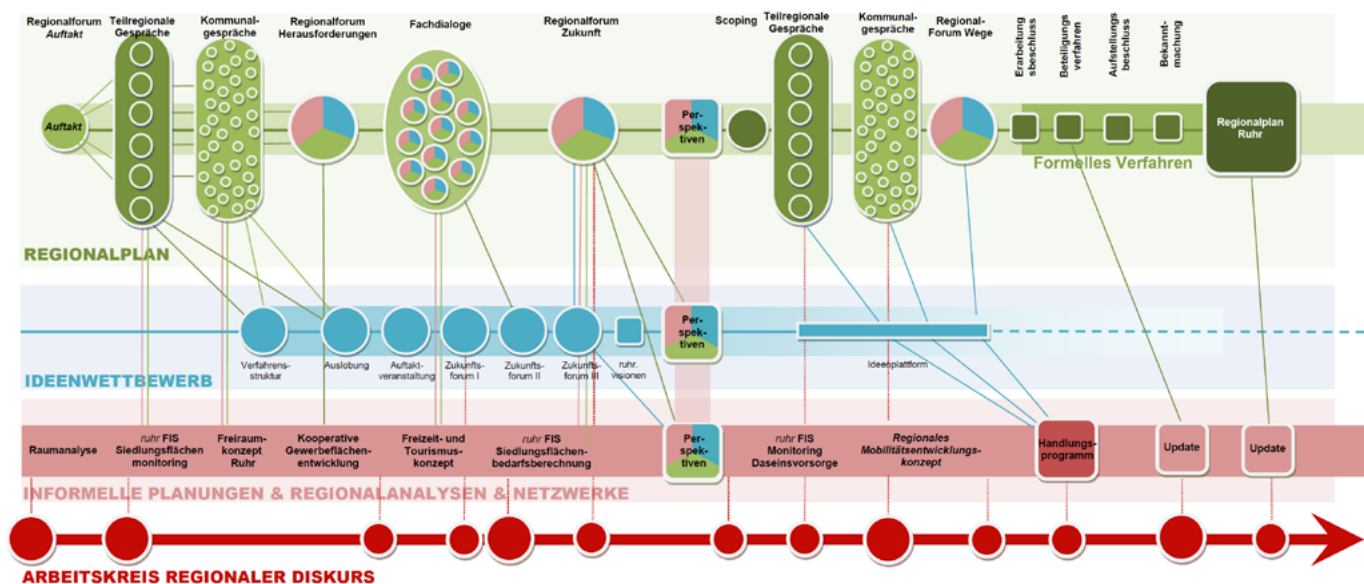
Der RVR arbeitet nun seit 2011 am Entwurf des neuen Regionalplans. Die lange Zeit kommt zum Teil durch eine zunächst völlig unzureichende Personalausstattung des RVR als Regionalplanungsbehörde zustande. Vor allem aber hat der RVR mit dem grünen Planungsdezernenten Martin Tönnies von Anfang an neue Akzente in der Regionalplanung setzen wollen und den Plan beteiligungsorientiert entwickelt.

Im Rahmen eines breit angelegten „Regionalen Diskurses“ gab es etliche Fachforen zu Themen wie Gewerbe- und Wohnflächen, Freiraumentwicklung, Landwirtschaft usw. und mehrere Konferenzen mit bis zum 400 Teilnehmer/innen, die sich mit den planerischen Zielen für die Region auseinandergesetzt haben. Des Weiteren gab es mit allen 53 Kommunen im Ruhrgebiet im Vorfeld Abstimmungen der Grundsätze und Ziele für den Regionalplan.

Nicht nur diese Beteiligungsorientierung war ein neuer, inzwischen von vielen als beispielhaft angesehener Ansatz in der Regionalplanung. Der RVR entwickelte mit dem Flächeninformationssystem (ruhrFIS) auch ein neues Analyse- und Bedarfsermittlungsinstrument für Gewerbe-, Industrie- und Wohnflächen, das die Darstellung objektiviert und vergleichbar macht. Darüber hinaus hat der RVR auf Grund der Flächenknappheit in den großen Städten des Ruhrgebiets die Idee von Kooperationsstandorten

REGIONALPLAN ERSTMALS BETEILIGUNGSORIENTIERT

Regionaler Diskurs



Bereich III, Regionalverband Ruhr | Fraktion DIE LINKE im RVR

REGIONALVERBAND
RUHR

für Industrie- und Gewerbeflächenbedarfe über acht Hektar entwickelt, die städteübergreifend, eben in Kooperation entwickelt werden sollen. Schließlich hat der RVR zusätzlich zum letztlich rechtsverbindlichen Regionalplan ein Handlungsprogramm vorgelegt, in dem die Entwicklungsziele für die Region weiter und konkreter ausgeführt werden, als dies im Regionalplan möglich ist.

Dabei muss man immer beachten, dass die Aufstellung des Regionalplans in den engen Grenzen des Landesentwicklungsplans (LEP) stattfindet. Der gültige LEP für NRW trat im Februar 2017 in Kraft, beschlossen noch von einer rot-grünen Mehrheit. Schon im Dezember 2017 hat die neue schwarz-gelbe Landesregierung eine Überarbeitung beschlossen und dadurch bestimmte Regelungen des gerade erst neu gefassten LEPs außer Kraft gesetzt.

Schwarz-Gelb will z.B. die Klimaschutz- und Flächenverbrauchsziele zurückschrauben, die Abbaurechte der Kiesindustrie im Kreis Wesel erweitern und die Ansiedlung von Logistikzentren auch außerhalb von Siedlungsgebieten erleichtern. Gerade das Ruhrgebiet hat sich in den letzten Jahren zu einem der größten Logistikzentren Europas entwickelt. Auch die Änderungsabsichten von Schwarz-Gelb haben zu erheblichen Verzögerungen der Vorlage des Entwurfs des Regionalplans geführt, da der Rahmen neu abgeklärt werden musste und die CDU als Teil der ganz XXL-Koalition von CDU, SPD und Grünen im RVR seit dem Regierungswechsel auf die „Bremse“ trat.

Linke Perspektiven zum Regionalplan

Streit gibt es um den vorliegenden Regionalplanentwurf in überschaubarem Maße. Einige Gemeinden sind mit der Ausweisung der Flächen für Gewerbeansiedlung nicht einverstanden, einige wenige eher am Rande der Fläche des Verbandsgebietes auch nicht mit Kürzungen bei den Ausweisungen der Wohnflächen. Die Kürzungen hängen mit einer deutlich nach unten korrigierten Bevölkerungsentwicklungsprognose zusammen, die von den Kommunen nicht immer geteilt wird.

Absehbar ist, dass die Ausweisung von Kiesabbauflächen im niederrheinischen Kreis Wesel ein schwer zu lösender Konflikt wird. Der RVR muss eine Rohstoffsicherheit für die nächsten 25 Jahre nachweisen, hierzu sind zusätzliche Flächen notwendig, die die Kommunen nicht immer freigeben wollen. Gleichzeitig will die Kiesindustrie statt der vorgesehenen zum Teil Flächen in Landschafts- oder Wasserschutzgebieten, weil sie profitabler auszubauen sind,

als die vorgesehenen.

Die Fraktion Die Linke im RVR hat die von der Verwaltung vorgesehene Beteiligungsorientierung bei der Erarbeitung des Regionalplans immer begrüßt und unterstützt, ebenso die oben dargestellten Neuerungen wie das ruhrFIS-System. Die Fraktion Die Linke hat sich im Vorfeld der Erarbeitung des Regionalplans mehrfach mit den beratenden Mitgliedern der Verbandsversammlung beraten, insbesondere dem DGB, dem Vertreter der Umweltverbände und der Landwirtschaftskammer. Inhaltliche Kritikpunkte, die die Fraktion in die Diskussion eingebracht hat, sind in Kurzform die folgenden:

- Die Regionalplanung für einen dichtbesiedelten Ballungsraum Ruhrgebiet muss vor allem in den Siedlungskernen stärker vom Ziel der Freiflächensicherung ausgehen, um die Hürden für die Bebauung und Versiegelung von Freiflächen zu erhöhen. Dazu hätten auch landwirtschaftliche Flächen als solche mit einem eigenen Planzeichen ausgewiesen werden müssen, was sie nicht sind. Diese Kritik führt auch die Landwirtschaftskammer.

- Der Vorrang des Verbrauchs alter, versiegelter Flächen für Gewerbe und Wohnen muss stärker im Vordergrund stehen. Hierzu müssen mehr Möglichkeiten zur Aufbereitung von ehemaligen Industrieflächen geschaffen werden.

- Wenn im Landesentwicklungsplan schon das Ziel von einem Flächenverbrauch von nicht mehr als 5 ha täglich gestrichen wird, sollten zumindest die Ausgleichsmaßnahmen konkretisiert werden, indem im Regionalplan ein Grundsatz formuliert wird, nach dem jede neue versiegelte Fläche durch Entsiegelung und/oder Begrünung an anderer Stelle raumnah ausgeglichen wird.

- Es müssen klarere Kriterien zur Nachverdichtung in bestehenden und neuen Bebauungsplänen formuliert werden, um trotz notwendiger Nachverdichtung die Lebensqualität in Stadtquartieren zu erhalten.

- Die Grundzentren müssen auch beim ÖPNV erwähnt werden

Für das Handlungsprogramm hatte die Fraktion Die Linke schon in der Verbandsversammlung zur Einbringung des Regionalplans die ausdrückliche Formulierung eines Ziels der Schaffung von preiswertem Wohnraum und gefördertem, sozialen Wohnungsbau beantragt. Der Antrag geht in die Abwägung ein. Immerhin sind derzeit rund die Hälfte der Einwohner/innen des Ruhrgebiets berechtigt, eine Sozialwohnung in Anspruch zu nehmen. Der Bestand liegt jedoch gerade bei 7,8 % aller Wohnungen. Da ist also dringender Handlungsbedarf!

DOKE Kommunale Politik

ULLI JÄCKEL, HAMBURG

THEMA: Regionale Planung

Wie macht man einen Regionalplan? DRESDEN. 2013 ist der Landesentwicklungsplan Sachsen in Kraft getreten. Er enthält Grundsätze und Ziele zur räumlichen Ordnung und Entwicklung.

Im Zusammenspiel mit fünf definierten Regionalplänen und unter Einbeziehung und Abwägung möglichst aller Interessen sollen frühzeitig Raumnutzungsansprüche geregelt und Planungssicherheit geschaffen werden. Die Regionalpläne sollen binnen vier Jahren nach Inkrafttreten des Landesentwicklungsplans an dessen Ziele und Grundsätze angepasst werden. Einer der fünf Regionalpläne ist „Leipzig-West Sachsen“. Über den Stand der Dinge informierte uns zur vergangenen Fraktionssitzung Dr. Eckhard Rexroth, 1. Beigeordneter und Dezernent für Bau und Umwelt im Landkreis Nordsachsen. Um die Frist von vier Jahren zur Anpassung einzuhalten, sollten die Regionalpläne also bis 2017 verabschiedet werden. Für



Leipzig-West Sachsen liegt ein Entwurf vor, der aber voraussichtlich erst Ende 2019 unterschriftsreif ist.

Auch wenn die Planung unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Interessen und Vorgaben ein zeitraubender Prozess sein mag: Dr. Rexroth machte deutlich, dass die Beschäftigung damit für jede Gemeinde wichtig ist, weil sich Bürgerinnen und Bürger bzw. deren Vertreter so darüber klar werden, wohin die Gemeinde will, wie sie sich das Leben in Zukunft vorstellt. Somit wird die Verantwortung der kommunalen Ebene gestärkt. So zumindest die theoretisch gute Idee. In der Praxis gibt es natürlich die Bürgerbeteiligung, aber wegen vieler entgegengesetzter Interessen bleibt manchmal der Eindruck, dass eine persönliche Einbringung nichts bewirkt. Dennoch fließen alle vorgebrachten Interessen in einen detaillierten Abwägungsprozess ein. Auch wenn es also nicht immer sichtbar ist: die Interessen aller werden aufgenommen und sorgfältig abgewogen. Für diesen Einblick dankt unsere Fraktion Herrn Dr. Rexroth, der uns an diesem Abend auch Spannendes aus seinem ersten Jahr als

Dezernent für Bau und Umwelt mit den zugehörigen fünf Ämtern (Vermessung, Flurbereinigung, Straßenbauamt, Bauordnungs- und Planungsamt, Umweltamt) berichtete.

<https://www.linksfraktion-nordsachsen.de>

Schneller, höher, weiter? Bauen nicht um jeden Preis! MANNHEIM.

Ratschlag zum Planungsbeschleunigungsgesetz: Neue Infrastrukturprojekte sollen schneller von statuten gehen, hierfür soll das neue Planungsbeschleunigungsgesetz die Arbeiten künftig beschleunigen. Tut es das aber wirklich und wie sieht es mit bestehenden Umweltstandards aus? Wie wird sich künftig die Beteiligung der Öffentlichkeit gestalten? Nach Stuttgart 21 und den massiven Protesten von Bürgerinnen und Bürgern sind sowohl aus der Landes- wie auch Bundesregierung Stimmen laut geworden, dass man die Bürgerschaft bei solchen Großprojekten künftig viel früher mitnehmen müsse. Doch wird das neue Gesetz diesem Anspruch gerecht? Hierzu hat die Fraktion Die Linke im Bundestag in das Trafo-Haus Mannheim eingeladen. Die Abgeordnete Sabine Leidig, Sprecherin für sozial-ökologischen Umbau und Ingrid Remmers, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion haben dazu die beiden Fachanwälte für Verwaltungsrecht eingeladen, Ursula Philipp-Gerlach und Dr. Clemens Antweiler. Gemeinsam geben sie spannende Einblicke in die Prozesse hinter diesem neuen Gesetzesentwurf und welche Auswirkungen dieses künftig haben wird. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Kreisvorsitzende Elli Brinkschulte stellten die beiden Fachanwälte dann auch sogleich ihre Bedenken dar. Da es häufig zu Klagen gegen Infrastrukturprojekte kommt, insbesondere wenn die Bürger*innen nicht frühzeitig mitgenommen werden, muss ein solches Planungsgesetz vor allem auch eines tun: Rechtssicherheit schaffen. Das tut es aber nicht, ist sich Philipp Gerlach sicher. Gerade die sogenannten „vorläufigen Maßnahmen“, die der neue Gesetzesentwurf nun ermöglichen soll, schaffen Unsicherheit. Zudem bleibt offen, wie weit diese gehen dürfen und ob damit nicht unter Umständen frühzeitig vollendete Tatsachen geschaffen werden, bevor Fragen des Umwelt- und Lärmschutzes vollends geklärt werden konnten. Für Antweiler sind auch die neu einzuführenden „privaten Projektmanager“ bedenklich. Diese sollen künftig bei öffentlichen Planungen hinzugezogen werden können. Da in den Städten und Gemeinden zunehmend Personal und damit auch Planungskapazitäten abgebaut werden, könnten diese privaten Projektmanager zum Standard werden. Wie deren fachliche Qualifikati-

on aber aussehe und welche Möglichkeiten die Öffentlichkeit bei einer möglichen Befangenheit dieser Privaten dann hat, das bleibt offen. Die Abgeordneten Leidig und Remmers sind sich einig, dass mit diesem Gesetzesentwurf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicher nicht gelingen wird. Vielmehr werden demokratische Beteiligungsrechte und ökologische Schutzstandards abgebaut. Die Linke wird sich deswegen gegen diesen Entwurf stellen. Stattdessen brauchen wir einen besseren Zugang zu Informationen für die Bürgerinitiativen und eine Kostenübernahme, wenn beispielsweise eigene Gutachten angefertigt werden müssen. Selbst wenn die Bürgerinitiativen einen Prozess gegen ein bestimmtes Projekt führen und gewinnen, sind sie anschließend pleite. Leidig und Remmers betonen deswegen eindrücklich wie wichtig es ist, hier endlich Waffengleichheit herzustellen. Solange aber solche Gesetzesentwürfe der Verkehrs-Lobby in nicht-öffentlichen Sitzungen diskutiert werden, werden die demokratischen Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger mit Füßen getreten. Sie plädieren deswegen für eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, was wir wirklich brauchen. Schließlich sind sie nicht per se gegen Beschleunigung. Die Linke kämpft für die Verkehrswende, und die würden die beiden Abgeordneten doch sehr gerne beschleunigen. Aber dafür braucht es eine konkrete Analyse darüber, was wie beschleunigt werden muss und kann. Das aber liefert dieser Gesetzesentwurf nun eben nicht.

<http://www.dielinke-ma.de>

Schwarzer Dienstag – Ökologische Katastrophe für SCHLESWIG-HOLSTEIN verschärft sich:

Das OVG Schleswig hat in 11 Fällen über die Windkraftplanung in Schleswig-Holstein entschieden – 40 weitere Fälle stehen noch an. Gemeinden verlieren ihre Planungshoheit: Dieser diktatorische Akt öffnet der Lobbydiktatur Tür und Tor und ist sicherlich ganz im Sinne der rot-grünen Landesregierung. Die Entscheidung führt zu einer Goldgräberstimmung bei den Windkraft-Profiteuren – Wünsche der Gemeinden gelten nicht. Die Richter machten in der Urteilsbegründung deutlich, dass sie Defizite bei der Erstellung der Regionalpläne sehen. Städte und Gemeinden konnten den Planungsbehörden in der Staatskanzlei von sich aus mögliche Ausweisungsflächen anbieten – oder sich auch ganz gegen die Pläne sperren. Auch das kritisierten die Richter. Denn für den Ausschluss müsse es fundierte, fachliche Gründe geben. Dass eine Kommune mehrheitlich keine Windkraft auf seinem Gebiet will, erfüllt diese Kriteri-

en nicht. Die Regelungen des Raumordnungsrechts seien da eindeutig. Wegen der Rücksichtnahme auf die Wünsche der Gemeinden seien einige Gebiete nicht als Eignungsflächen ausgewiesen worden, obwohl sie die Landesplanung für geeignet hielt, monierten die Richter. Die Folge: Areale, gegen die es bei der Landesbehörde Vorbehalte gab, wurden dennoch als Eignungsflächen für Windkraftanlagen ausgewiesen. Das Gericht sprach deshalb von „schwerwiegenden Planungsfehlern“. Laut Gericht gab es auch mehrere Verfahrensfehler. So habe es in einem Fall nach Änderung der Planungen keine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben. Dieser Fehler sei erheblich, hieß es. Das Urteil hat wahrscheinlich auch Auswirkungen auf den Rest von Schleswig-Holstein. Das Obergerverwaltungsgericht muss nämlich noch über knapp 40 weitere Streitfälle im Norden des Landes entscheiden. Einen Vorteil haben dagegen nun die Grundstückseigentümer und Investoren, die bisher auf ihren Flächen keine Windparks bauen durften. So lange kein neuer Regionalplan gilt, könnten sie den Bau beantragen. Sie müssen dabei lediglich einige Vorgaben einhalten – wie Natur- und Denkmalschutz oder Abstandsregeln. Thomas Losse-Müller, Chef der Staatskanzlei, betonte in einer ersten Reaktion, dass der Windenergieausbau durch das Urteil nicht gestoppt werde. „Vermutlich können Windkraftanlagen jetzt auf mehr Flächen gebaut werden“, sagte er NDR 1 Welle Nord.

<http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Obergerverwaltungsgericht-kippt-Windkraftplanung-windkraft530.html> <http://www.windwahn.de>

Schienenverkehr in der Region

STUTTGART: CDU will Zehn-Minuten Takt bei S-Bahn: Die Regionalversammlung debattiert über die hohen Investitionskosten für die S-Bahn. Die Fraktionen fordern mehr Geld von Bund und Land. Doch es gibt auch Kritik. Die hohen Investitionen in die moderne Signaltechnik ETCS und für den Kauf von bis zu 50 neuen S-Bahnen haben die Etatdebatte der Regionalversammlung bestimmt – und das, obwohl die Kosten im Haushaltsentwurf des Verbands Region Stuttgart für das Jahr 2019 gar nicht enthalten sind. Besser gesagt: noch nicht. Denn Sprecher mehrerer Fraktionen forderten, im Etat zumindest eine Übersicht über die Kosten aufzunehmen. Zugleich machten sie deutlich, dass nicht in erster Linie die Region, sondern Bund, Land und Bahn finanziell gefordert seien. Der Bund müsse ETCS als Pilotprojekt fördern, das Land den Kauf von S-Bahnen unterstützen. Dabei geht es um gewaltige Investitionen: bei ETCS ist von 600 Millionen Euro die Rede, beim Kauf der S-Bahnen von bis zu 500 Milli-

onen Euro. Dabei brachte der CDU-Regionalrat Rainer Ganske erstmals öffentlich in die Debatte ein, dass auf einer 2025 mit moderner Signaltechnik ausgestatteten Stammstrecke auch ein Zehn-Minuten-Takt bei der S-Bahn möglich wäre. Bisher soll von Ende 2021 an tagsüber ein durchgängiger 15-Minuten-Takt gelten.

Südostlink oder regionales Netz?

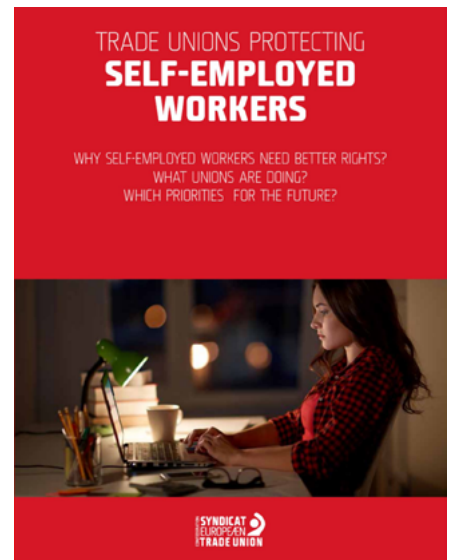
MÜCHELN. Am 4. September konnten wir in Mücheln im Bürgersaal MdB Ralf Lenkert, den umweltpolitischen Sprecher der Fraktion Die Linke, begrüßen. Mit seinem Vortrag wollte er uns etwas intensiver über das Thema Ausbau der Stromtrassen informieren. Eine dieser Trassen soll auch durch den SAALKREIS und BURGENDLANDKREIS führen und könnte in der Nähe von Langeneichstädt und Freyburg verlaufen. Deshalb hatten sich hier bereits Bürgerinitiativen gebildet, die Kritik am „Südostlink“ äußerten. Auch für ihre Vertreter gab es in den Ausführungen von Ralf sicher einige neue Aspekte. Er setzte sich mit der Auffassung auseinander, der Trassenbau sei notwendig, weil im Süden nach Abschaltung der Atomkraftwerke eine Stromlücke zu befürchten sei und für den Transport des Windstroms aus dem Norden dorthin neue Leitungen gebraucht würden. Außerdem seien die neuen Trassen Teil eines europäischen Leitungsnetzes, dass den maximalen Stromhandel quer durch ganz Europa noch erweitern soll. Ralf wies anhand von Daten der Bundesnetzagentur und der Netzbetreiber nach, dass dies nicht notwendig sei, wenn für die Energieversorgung ein anderes Versorgungskonzept angestrebt wird.

Die Linke setzt auf ein regionales Konzept, in dem zunächst alle regionalen Quellen wie Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse zur Versorgung genutzt werden, regionale Netze ausgebaut werden und Speicherkapazitäten genutzt werden. Das könnte z.B. die Speicherung von Biogas im Erdgasnetz sein, was bei Bedarf in Gaskraftwerken zum Einsatz kommt. Auch die Verknüpfung der Energiebedarfe in Strom, Wärme und Mobilität kann in diesem regionalen Konzept dazu beitragen, die Wertschöpfung in der Region behalten und nicht die garantierte Rendite (9%) für einen überdimensionierten Übertragungsnetzausbau zu bezahlen. Ralf wies zum Abschluss noch darauf hin, dass die Bundesnetzagentur die Netzausbauplanung regelmäßig weiterführt und neuen Situationen anpasst. Er ermunterte alle, sich an den dann wieder möglichen Stellungnahmen zu beteiligen. Der Vortrag von Ralf ist auf www.ralf-lenkert.de/Themen/Netzausbau zu finden.

<http://www.dielinke-saalekreis.de>

Interkommunale Zusammenarbeit stärken – Gründung eines Zweckverbands Wohnungsbau: OFFENBACH. Die Fraktion Die Linke bringt zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag ein, der fordert, einen Zweckverband Wohnungsbau gemeinsam mit dem Kreis Offenbach zu gründen. Hierzu erklärt der Stadtverordnete Sven Malsy: „Ziel unseres Antrags ist es, die Kräfte von Stadt und Kreis Offenbach zur Bekämpfung der Wohnraumnot in einem Zweckverband Wohnungsbau zu bündeln. Wir müssen aufhören die einzelnen Kommunen unabhängig voneinander zu betrachten. In den wichtigen Fragen der Daseinsvorsorge können wir nicht getrennt voneinander planen, sondern müssen gemeinsame Wege gehen. Klare Fehlentwicklungen, wie die des Wohnungsmarkts, betreffen nicht nur die Stadt Offenbach, sondern auch den Kreis. Menschen, die jetzt wegen der rasant steigenden Mieten in Offenbach keine Wohnung mehr finden, werden ins Umland verdrängt. Hier sind die Kommunen in der Pflicht. Ein Zweckverband Wohnungsbau ermöglicht die Kooperation mehrerer Gemeinden unter dem Dach eines Verbands und ließe uns einen gemeinsamen Weg für mehr Wohnraum und gegen hohe Mieten einschlagen. Die Kooperation der Gemeinden wird schon auf verschiedenen Ebenen betrieben. Der Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach ist ein Erfolgsmodell. Kooperationen im Wohnungsbau sind der nächste logische Schritt hin zu einer ausgewogeneren Planung in der gesamten Region. Im Wetteraukreis hat man schon länger verstanden, dass ein Zweckverband für Wohnungsbau sinnvoll ist. Dort wird seit Ende letzten Jahres die Umsetzung eines solchen Verbands geplant. Fördergelder in Höhe von 100 000 Euro vom Land Hessen wurden bereits zugesagt. Wie ein fertiger Zweckverband konkret aussehen könnte, kann man sich im Landkreis Starnberg ansehen. Der Verband Wohnen baut dort schon seit den fünfziger Jahren Sozialwohnungen. Derzeit unterhält er ca. 2300 Wohnungen in 13 Gemeinden und baut kontinuierlich neue und das nach solidarischen Prinzipien. In den letzten Jahren hat die Stadt Offenbach nahezu untätig dabei zugesehen, wie viele Sozialwohnungen weggefallen sind. Der Wohnungsbau wurde privaten Investoren überlassen, die rein renditeorientiert handeln. Es ist zwar viel gebaut worden, aber im gleichen Zug stiegen die Mieten ins Unermessliche. Für Offenbach wird es Zeit die Initiative zu ergreifen. Die Gründung eines Zweckverbands Wohnungsbau ist ein gangbares Konzept zur aktiven Gestaltung der Wohnungspolitik und gegen den Mietenwahnsinn in der ganzen Region.“

<https://die-linke-of-stadt.de/>



Eine wichtige Studie zum Thema Selbständigkeit und Gewerkschaften in der EU

RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

„Gewerkschaften unterstützen selbständige Arbeitnehmer. Warum benötigen selbständige Arbeitnehmer bessere Rechte? Was machen die Gewerkschaften? Welche Prioritäten sind für die Zukunft nötig?“ Unter dieser Überschrift hat der Europäische Gewerkschaftsbund eine leider bisher nur in englischer Sprache erschienene Broschüre zur Situation selbständiger Arbeitnehmer in der EU und zu damit verbundenen Aufgaben von Gewerkschaften veröffentlicht, die Aufmerksamkeit verdient.

Das Thema selbst hat eine je nach Beruf und Branche unterschiedlich lange Geschichte, hat aber unter den Arbeitgebern in den letzten Jahren noch mehr Verfechter gewonnen. Die angeblich „selbständigen“ Fahrer von Unternehmen wie dem US-Postunternehmens UPS oder heutzutage die Taxifahrer bei Uber, Journalisten, die nicht mehr festangestellt sind, sondern nach Zeilenhonorar bezahlt werden, Schauspieler und andere Künstler, die nur „pro Film“ oder Auftritt bezahlt werden, sind mehr oder weniger bekannt. Dass ein Konzern wie IBM vor mehreren Jahren verkündete, die Zahl seiner weltweit Beschäftigten von etwa 300 000 auf nur noch 30 000 „fest Angestellte“ reduzieren und stattdessen global über das Internet zehntausende „Freelancer“ in aller Welt je nach Projekt heuern und feuern zu wollen, ist bis heute weniger bekannt. Inzwischen beschäftigt der boomende Onlinehandel, aber auch Online-Beratungsdienst in ganz Europa vermutlich hunderttausende sogenannte „Selbständige“ – Studierende, Hausfrauen, Rentner, die sich so ein klei-

nes Zuverdienst verschaffen wollen, aber auch Fachkräfte, die sich gegenseitig um international oder europaweit ausgeschriebene Aufträge für IT-Projekte großer Konzerne Konkurrenz machen. Auch die vermeintlich „selbständigen“ LKW-Fahrer, viele Verkäuferinnen in den großen Malls und Kaufhäusern, Pizzaboten, Fahrradkuriere, Reinigungskräfte und Küchenbeschäftigte schicker Restaurants und Hotels sowie die vermeintlich „selbständig Beschäftigten“ bei berüchtigten Billigfliegern wie Ryanair gehören in dieses Bild. Kurzum: Das Thema ist weit gefächert und verdient unbedingt eine größere Aufmerksamkeit, durch den Gesetzgeber ebenso wie durch Gewerkschaften.

Die fast 90 Seiten umfassende Studie des EGB geht weitgehend zurück auf einen Fragebogen, den der Dachverband der Gewerkschaften in der EU im Mai 2017 an seine Mitgliedsgewerkschaften versandt hatte. 50 Antworten aus 23 EU-Staaten kamen daraufhin zurück, davon 21 aus EU-Staaten und je eine aus Norwegen und Serbien. Aus 7 EU-Mitgliedstaaten: Kroatien, Zypern, Griechenland, Luxemburg, Malta, Portugal und Rumänien, kamen leider keine Antworten.

Zunächst zu den Zahlen. Nach Angaben von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, waren 2016 von den insgesamt 214,7 Millionen Beschäftigten in der EU 30,5 Millionen Selbständige. Von diesen hatten 8,7 Millionen abhängig Beschäftigte, während 21,8 Millionen „allein“ selbständig waren, also von ihrer eigenen Arbeit lebten. Das heißt: EU-weit ist jeder zehnte Beschäftigte ein sogenannter „selbständig Beschäftigter“. 60 Prozent dieser „allein Selbständigen“ arbeiteten in den Branchen Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft, Groß- und Einzelhandel, Bau und professionelle und wissenschaftliche Dienstleistungen. Dabei differiert das Ausmaß an „Selbständigkeit“ in der EU enorm, vermutlich vor allem wegen bestehenden und/oder fehlenden einzelstaatlichen gesetzlichen Schranken. Das Land mit dem höchsten Anteil von „allein Selbständigen“ ist aktuell Griechenland. 22,3% aller dort heute Beschäftigten fallen in diese Kategorie. Den niedrigsten Anteil hat Dänemark, hier ist das skandinavische Sozialstaatsmodell offenbar noch weitgehend intakt und sind infolgedessen gerade einmal 4,6% aller Beschäftigten „selbständig“. EU-weit ist die Zahl dieser „allein



Beschäftigte von Ryanair auf der „Unteilbar“-Demonstration kürzlich in Berlin. Sie fordern die Streichung des § 117 im deutschen Betriebsverfassungsgesetz. Dieser erlaubt die Bildung von Betriebsräten durch im Flugbetrieb beschäftigte Arbeitnehmer nur, wenn ein Tarifvertrag für deren Bildung geschlossen wurde. Diesen Tarifvertrag verweigert Ryanair bisher. Eines von vielen Beispielen, wo gesetzliche Regelungen zugunsten von Beschäftigten geändert werden müssen.

Selbständigen“ in den letzten fünf Jahren um 5,2 Prozent gestiegen. Besonders stark war der Anstieg in den baltischen Ländern und in Großbritannien. In Kroatien, Griechenland und Deutschland dagegen fiel die Zahl dieser Beschäftigten, wobei der Rückgang in Griechenland vermutlich auf den dramatischen Rückgang aller Beschäftigten zurück zu führen sein dürfte. Der EGB vermutet, dass der Anstieg dieser Form von Beschäftigung auf das Motiv (vor allem der Unternehmen) zurück geht, auf diese Steuern und Sozialabgaben zu sparen. Steigende „Selbständigkeit“ ist deshalb für ihn ein Hinweis auf zunehmende Prekarität der Lebensverhältnisse in solchen Sektoren

In einer Vielzahl von EU-Staaten gibt es schon jetzt eine gewerkschaftliche Organisation unter solchen Beschäftigengruppen. Dazu zählen Journalistengewerkschaften, Vereinigungen von Künstlern, Artisten, Dolmetschern und Übersetzern, zum Teil Architekten und

medizinische Berufe. Diese sind weitgehend in sogenannten „Berufsgewerkschaften“ organisiert. Auf der anderen Seite gibt es Gewerkschaften, die insbesondere im Bereich der „Prekarität“ organisieren, d.h. unter Leih- und Zeitbeschäftigten, Befristeten usw. In Italien zum Beispiel haben die drei größten Gewerkschaftsbünde alle spezielle „Organisierungsteams“ für solche Beschäftigtengruppen. Auch in Slowenien gibt es solche Ansätze und in Großbritannien, dort aber nicht unter den Gewerkschaften des TUC. Einzelgewerkschaften, die nur für „Selbständige“ tätig sind, finden sich in Spanien im (ehemals sozialdemokratischen) Gewerkschaftsbund UGT, in den Niederlanden im FNV und in Teilen in Italien im Gewerkschaftsbund CISL. Eine dritte Entwicklung – die Öffnung sogenannter „Mainstream“-Gewerkschaften für Selbständige – ist dagegen neu. Dazu gehören die IG Metall, die sich auf ihrem letzten Gewerkschaftstag per Sat-

zungsänderung erstmals für Selbständige (z.B. Cloudworker, d.h. Menschen, die sich im Internet ein Zubrot oder ihr komplettes Entgelt verdienen) geöffnet hat, ebenso wie die Gewerkschaft Unionen in Schweden, Unite und die GMB in Großbritannien und die Dachverbände CGT in Frankreich und die CCOO in Spanien.

All das dokumentiert: Es gibt einen wachsenden Bedarf an gewerkschaftlicher Arbeit in diesen Sektoren, und es gibt einen wachsenden Bedarf an gesetzlicher Regulierung. Die Autoren der Studie machen das an zahlreichen Detailberichten aus einzelnen Sektoren und EU-Staaten deutlich. Hierzulande ist das Thema schon ein wenig bekannt, wenn gleich weniger beachtet, unter dem Stichwort „Bürgerversicherung“, d.h. unter dem Auftrag, auch selbständig Beschäftigte gegen die Lebensrisiken Krankheit, Arbeitslosigkeit und Altersarmut zu schützen. Weniger bekannt, wenn gleich in anderen EU-Ländern offenbar nicht

selten, sind sogenannte „Wettbewerbsgesetze“, die die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Organisation solcher Beschäftigten direkt behindern, wenn nicht sogar verbieten, unter der bekannt-berüchtigten Losung der „Freiheit der Märkte“ und der „freien Konkurrenz“. Dem entgegen zu treten, den Wettbewerb durch Regeln zum Schutz der Beschäftigten zu ordnen, ist der Appell der Autoren zum Abschluss ihrer lesenswerten Studie.

Occupation	Own-account self-employed	All in employment
Managers	4.6%	6.0%
Professionals	21.9%	19.5%
Technicians and associate professionals	12.4%	16.2%
Clerical support workers	1.7%	9.7%
Service and sales workers	16.2%	16.6%
Skilled agricultural, forestry and fishery workers	17.4%	3.3%
Craft and related trades workers	17.1%	11.6%
Plant and machine operators and assemblers	4.5%	7.5%
Elementary occupations	4.0%	8.9%
Armed forces occupations	0.0%	0.6%
No response	0.2%	0.2%
Total	100.0%	100.0%

Source: Eurostat (figures for those aged 20 to 64)

Dänemark: erster Tarifvertrag für die Plattformökonomie

ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Die dänische Gewerkschaft 3F hat einen beachtenswerten Tarifvertrag mit der „Hilfr.dk“, eine dänische Plattform für die Reinigung von Privathäusern*, vereinbart. Er wurde von den Gründern von Hilfr.dk und der Gewerkschaft 3F, Sektion für Reinigung und Dienstleistungen, am Hauptsitz von 3F in Kopenhagen unterzeichnet. An der Unterzeichnung nahmen auch der dänische Premierminister Lars Løkke Rasmussen, Karsten Dybvad, Vorsitzender des dänischen Industrieverbandes und Per Christensen, Vorsitzender von 3F, teil.

Der neue Tarifvertrag trat am 1. August 2018 in Kraft und garantiert den auf der Plattform (Hilfrs) tätigen Personen Krankengeld, Urlaubsgeld und einen Beitrag zu ihrer Rente. Die Beschäftigungszeiten gehen in die Berechnung von Ansprüchen möglicher Arbeitslosigkeit ein. Diese Vereinbarung läuft in den ersten 12 Monaten als Pilotvertrag. Die Parteien haben vereinbart, den Tarifvertrag danach auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen zu bewerten.

Der Pilotkollektivvertrag wird durch die Einführung einer neuen Kategorie von Hilfrs parallel zu den bestehenden freiberuflichen Hilfrs umgesetzt. Dies bedeutet, dass Benutzer der Plattform zwischen zwei Gruppen von Hilfrs wählen können – freiberufliche Hilfrs und sogenannte Super Hilfrs, die unter den Tarifvertrag fallen. Ein Reiniger kann sich als Super-Hilfr bewerben und unter den Tarifvertrag fallen – auch wenn er noch keine 100 Stunden gearbeitet hat. Aber nach 100 Stunden müssen die Beschäftigten aktiv Nein sagen, um nicht unter den Tarifvertrag zu fallen.

Wesentliche Bestandteile des Tarifvertrages sind: • Eine Mindestzahlung von 141,21 DKK (19 Euro) pro Stunde • Ein Beitrag für die Rentenbeiträge • Beitrags-geld für die Arbeitslosenversicherung • Krankengeld • Datenschutz • Anwendung aller EU-Regeln bezüglich der Arbeitsbedingungen

Interessant ist, wie die dänische Gesellschaft mit dem Gegenstand umgeht. Dies kommt auch in den Kommentaren der vertragsunterzeichnenden Parteien Quelle: <https://blog.hilfr.dk/en/historic-agreement-first-ever-collective-agreement-platform-economy-sig-ned-denmark/> – (Eigene Übersetzung)

zum Ausdruck, die wir hier wiedergeben.

Tina Møller Madsen, Vorsitzende der 3F Services, kommentiert das Ergebnis wie folgt: „Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, diesen Pilotkollektivvertrag mit Hilfr abzuschließen. Es wurde lange darüber verhandelt und wir freuen uns jetzt darauf, die Vereinbarung umzusetzen und in den kommenden 12 Monaten weitere Bestätigungen für unsere Positionen zu sammeln. Mit dieser Vereinbarung sichern wir den vielen Menschen, die auf Plattformen arbeiten, grundlegende Arbeitnehmerrechte. ... Mit diesem Tarifvertrag schlagen wir Brücken zwischen dem ‚dänischen Arbeitsmarktmodell‘ und neuen digitalen Plattformen. Auf diese Weise geben wir erste Antworten auf eines der Hauptthemen unserer Zeit: Wie können die Vorteile neuer Technologien genutzt werden, ohne die Arbeitsrechte und gute Arbeitsbedingungen zu beeinträchtigen?“

* Hilfr.dk ist eine digitale Reinigungsplattform, die im Jahr 2017 gegründet wurde. Heute vermittelt Hilfr.dk Reinigungsarbeiten zwischen rd. 1700 Kunden und 450 sogenannten Hilfrs in allen großen dänischen Städten. Hilfr.dk strebt an, Menschen zuverlässige Reinigungsdienste in Verbindung mit ordentlichen Arbeitsbedingungen und bei korrekten Steuerzahlungen zu bieten.

Steffen Wegner Mortensen, Mitgründer von Hilfr, kommentiert:

„Wir sind sehr stolz darauf, gemeinsam mit der Gewerkschaft 3F den ersten Tarifvertrag der Welt für ein Plattformunternehmen unterzeichnet zu haben. Die Plattformwirtschaft leidet unter einem etwas schlechten Ruf, da zu viele Plattformen mit Digitalisierung

Steuerung und schlechte Arbeitsbedingungen betreiben und behaupten, sie seien sehr innovativ. Mit dieser Vereinbarung legen wir die Messlatte für die Gig-Wirtschaft höher und zeigen, wie wir alle von neuen Technologien profitieren können, ohne die Arbeitsrechte und die Arbeitsbedingungen zu untergraben ...

Gleichzeitig zeigen wir, dass das dänische Arbeitsmarktmodell mit neuen digitalen Geschäftsmodellen Hand in Hand gehen kann. 3F, die Gewerkschaft, mit der wir zusammenarbeiten, war ein pragmatischer und konstruktiver Partner in diesem Prozess und eindeutig an einer Lösung interessiert. ... Wenn Sie die besten Reinigungskräfte gewinnen wollen, müssen Sie sie auch gut behandeln. Gute Arbeitsbedingungen, ein angemessenes Gehalt und klare Verfahren zur Vermeidung von Steuervermeidung wurden von Plattformunternehmen zu oft ignoriert.“

Plattformunternehmen zu oft ignoriert.“

DOX Blick in die Presse

**THEMA: Clickworking/
Scheinselbstständigkeit**

THORSTEN JANNOFF, GELSENKIRCHEN

EU: Uber und Co sollen Fahrer wie Angestellte behandeln. 19.10.18, Standard: ... Die Veränderung der Arbeitswelt bringt Flexibilität, schafft für Beschäftigte aber ein Spannungsfeld zwischen Selbstständigkeit und Abhängigkeit. Um endlich klare Verhältnisse zu schaffen, legt die EU ein neues Gesetz für „transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen“ vor. In Italien und Deutschland formieren sich Betriebsräte und Gewerkschaften für Einzelunternehmer gegen die Gig-Economy. Brüssel will nun EU-weit Kriterien festlegen, wann jemand als Arbeitnehmer zählt, unabhängig von nationalen Einstufungen ...

<https://www.derstandard.de/story/2000089644661/bruessel-plant-grundrechte-fuer-uberfahrer-und-co>

Compliance-Regeln mindern Risiko der Scheinselbstständigkeit. CIO, 23.10.2018: Das Risiko der Scheinselbstständigkeit ist für alle Unternehmen, die Freiberufler beauftragen, nach wie vor eines der gravierendsten Probleme. Dabei zeigt sich, dass viele Unternehmen die Bereiche Scheinselbstständigkeit, Rentenversicherungspflicht und Arbeitnehmerüberlassung in vielen Fällen miteinander in unzulässiger Weise vermischen ... Ein unternehmensinternes Compliance-System kann eine Antwort sein, das wichtige Risikomerkmale erfasst, bewertet und dokumentiert und die Ergebnisse konsequent umsetzt. Weiterhin sind die rechtlichen Grundlagen zu formulieren ... Schließlich ist auch die Außendarstellung des Unternehmens zu prüfen ... Es soll Unternehmen ... helfen, sich im Falle einer behördlichen Überprüfung bestmöglich zu verteidigen zu können und damit (Nach) Zahlungen sowie persönliche strafrechtliche Folgen zu vermeiden.

<https://www.cio.de/a/compliance-regeln-mindern-risiko-der-scheinselbststaendigkeit,3544949>

Gewerkschaftsboss: Die moderne Arbeitswelt ist ein „absoluter Dschungel“. 26.06.2018, Euractiv: Zu lange haben es die Gewerkschaften versäumt, Veränderungen auf einem zunehmend schnellleibigen und unbeständigen Arbeitsmarkt zu erahnen und auf sie zu reagieren. Es ist nun höchste Zeit, proaktiv vorzugehen und die Rechte der Arbeitnehmer zu schützen, so Luca Visentini, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ...

www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/interview/gewerkschaftsboss-die-moderne-arbeitswelt-ist-ein-absoluter-dschungel/

DGB-Bundesvorstand. 17% der gewerkschaftlich organisierten Wähler und Wählerinnen wählten die AfD bei den hessischen Landtagswahlen lt. 28,3% der Gewerkschaftsmitglieder wählten SPD, 18,2% GRÜNE und 17,3% CDU.

Die NPD mobilisiert zu ihrem Europa-Parteitag mit der Parole „Festung Europa – Schutzzone Deutschland“ am 17.11. nach Büdingen. Formal geht es um die Wahlbeteiligung an der und die Kandidatenaufstellung für die Europawahl. Die NPD-Führung beabsichtigt offensichtlich, nach den Wahlschlägen in Bayern und Hessen ihren Mitgliedern etwas zu bieten. Eingeladen sind prominente Vertreter der reaktionärsten und faschistischen Parteien Europas: Martin Belusky (stellvertretender Vorsitzende der Partei Ľudová strana Naše Slovensko (LSNS, Volkspartei Unsere Slowakei)), Željko Glasnović (Bruna Esih – Zlatko Hasanbegović: Unabhängigkeit für Kroatien), Jean-Marie Le Pen (Ex-Vorsitzender der Front National und Holocaust-Leugner), Alberto Torresani (geschichtsrevisionistischer italienischer Historiker), Tomislav Sunić (kroatisch-amerikanischer Übersetzer, Vertreter der „Neuen europäischen Rechten“), Bruno Gollnisch (hochrangiges Mitglied der rechtsextremistischen Partei Rassemblement National Frankreichs) und Hervé Van Laethem (Präsident der belgischen Mouvement NATION).

50 000 Euro für das private Rettungsschiff „Lifeline“ hat Kardinal Marx laut Erzbischof München-Freising zur Verfügung gestellt.

Dazu teilt der kirchenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Münz, mit: „Es ist ein Unding, dass Kardinal Marx das private Rettungsschiff mit Mitteln aus der Kirchensteuer unterstützt. Denn die Arbeit von ‚Lifeline‘ ist nur scheinbar christlich. Durch die Präsenz von sogenannten Rettungsschiffen im Mittelmeer werden viele Menschen überhaupt erst angelockt und dazu verleitet, sich auf die gefährliche Reise mit oft seeuntüchtigen Booten zu begeben und dabei ihr Leben zu riskieren. Zudem handeln die selbsternannten Retter nicht so, wie es nach den internationalen Regeln zur Seenotrettung üblich ist: Statt die aufgenommenen Menschen möglichst schnell in den nächsten sicheren Hafen an der nordafrikanischen Küste zu bringen, haben sich die Rettungsschiffe längst zu einem Taxidienst für Flüchtlinge nach Europa entwickelt. Zweifelhafte Organisationen wie die ‚Lifeline‘-Betreiber erledigen

damit das Geschäft krimineller Schlepperbanden und sind mitverantwortlich dafür, dass sich Menschen in Todesgefahr begeben oder sogar ertrinken. Für so ein nur scheinbar humanitäres Treiben darf sich die katholische Kirche unter keinen Umständen hergeben.“

Verbände und Institutionen wenden sich „Gegen rechte Hetze“.

Der Bund der Vertriebenen Hessen, der Hessische Bauernverband, Hessische Fußballverband, Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie, die IG Metall Bezirksleitung Mitte, der Bund der Deutschen Katholischen Jugend, die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau und der Sozialverband VDK Hessen-Thüringen ziehen eine klare Kante gegen die AfD. Die *Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Hessen* schließt sich vollumfänglich an.

„... Wir müssen die nötige Trennschärfe aufbringen und grundfalsche Behauptungen in den öffentlichen Diskussionen gerade rücken. Wir haben ein vitales Interesse den Rechtsstaat und die Demokratie zu schützen und zu stärken. Die Entwicklungen am äußersten rechten Rand, abseits von Recht, Vernunft und Menschenwürde, müssen und werden wir sehr kritisch begleiten ... Forderungen, dass Polizisten nur noch zwingend mit deutscher Staatsangehörigkeit eingestellt werden sollen, stellen einen Affront gegen einen großen Teil hessischer Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund dar und birgt die Gefahr, die Polizei zu spalten. Der Schulterschluss mit rechtsradikalen Gruppierungen wie Pegida und Pro Chemnitz zeigt klar, dass das Rechtsaußenlager in der Partei die Hoheit übernommen hat ... Deshalb stehen auch wir weiterhin für keine Zusammenarbeit mit der AfD zur Verfügung.“

... auch der *Weißer Ring*: „Wir haben den Eindruck, dass die AfD Ängste schürt und durch ihre Rhetorik Feindbilder aufbaut, unsere große Sorge ist, dass dies zu mehr Gewaltopfern führen wird.“ Die AfD in Rösrath bei Köln hatte im September nach Angaben des Weißen Rings ohne Abstimmung mit ihm das Logo des Opfervereins verwendet, um Spenden für den Verein zu sammeln. „Das hat uns empört und ist ein klarer Angriff auf das Vertrauen der Opfer“, sagte der neue Bundesvorsitzende des Opferschutzvereins, Jörg Ziercke. Die AfD im Rheinisch-Bergischen Kreis entschuldigte sich für die fehlende Rückfrage und die Verwendung des Logos. Der Weiße Ring sei „ohne jeden Hintergedanken“ als Spendenempfänger gewählt worden. □



Die FIR zur Europa-Wahl

Erklärung der Fédération Internationale des Résistants (FIR):

Im Mai 2019 finden die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Für die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, ihre Mitgliedsverbände in fast allen europäischen Ländern und Israel sowie für die Veteranen des antifaschistischen Kampfes und für die Antifaschisten heutiger Generationen sind diese Wahlen aus mehreren Gründen von großer Bedeutung:

In den letzten Jahren mussten wir oft schmerzhaft erleben, dass die gegenwärtige Politik und Entwicklung der Europäischen Union nicht den Interessen großer Teile der Menschen in den europäischen Ländern entspricht. Insbesondere die Reaktion auf die Flüchtlingssituation und die finanzpolitische Knebelung einzelner Staaten haben die soziale Spaltung in Europa vertieft. Zahlreiche Entscheidungen führen zu massiver sozialer Ausgrenzung und Abbau von Rechten der Beschäftigten, gehen zu Lasten der Schwächsten der jeweiligen Länder.

Zeitgleich wird die Abschottung der „Festung Europa“ massiv verstärkt und der Aufbau einer europäischen Militärmacht für internationale Einsätze vorangetrieben. Dagegen müssen auch im Europäischen Parlament die Stimmen gestärkt werden, die sich für eine demokratische, friedensorientierte, solidarische und sozial gerechte Entwicklung Europas einsetzen.

Außerdem erleben wir in zahlreichen europäischen Ländern einen deutlichen Vormarsch offen rassistischer, nationalistischer und extrem rechter Parteien und Gruppen. Sie sind nicht nur in nationalen Parlamenten stark vertreten, sondern mittlerweile in mehreren Staaten an der Regierung beteiligt und setzen dort ihre antidemokratische und rassistische Politik in Regierungshandeln um.

Die antifaschistischen, antirassistischen und friedensbewegten Organisationen und Gruppen sowie Gewerkschaften, soziale und gesellschaftliche Bewegungen müssen ihre Kräfte bündeln, um solchen Entwicklungen im Wahlkampf und später im Europäischen Parlament engagiert und erfolgreich entgegenzutreten.

Die Grundlage dieses Handelns ist kein Wahlauftritt für eine Partei, sondern das

Zur Geschichte der FIR (Fédération Internationale des Résistants) – Erinnerung wachhalten an die Nazi-Verbrechen und den Widerstand

„Die FIR – Bund der Antifaschisten ist die Dachvereinigung von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen aus über zwanzig Ländern Europas und Israels. Ihre Ziele sind, – mit allen Mitteln jede sichtbare und unsichtbare Tätigkeit zugunsten einer Wiedergeburt des Faschismus zu bekämpfen – eine Tätigkeit, die darauf abzielt, die internationale Solidarität für die enge Zusammenarbeit der Völker auf den verschiedenen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu stärken, damit ein dauerhafter Weltfrieden gesichert und ein neuer Krieg verhindert wird – die Interessen der ehemaligen politischen Gefangenen bei den Regierungen und anderen nationalen und internationalen Dienststellen zu vertreten – zu kämpfen für die demokratische Erziehung der Völker; den Opfern der faschistischen Barbarei Denkmäler zu errichten und die Gedenksteine der Märtyrer zu pflegen; internationale Archive bezüglich der faschistischen Gefängnisse und Lager einzurichten.“

1951, das Gründungsjahr der FIR war „gekennzeichnet durch ein zunehmendes Aufflammen faschistischer und Nazi-Propaganda. Durch den Bruch des Bündnisses zwischen den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition begünstigt, boten sich alte Nazi und Neofaschisten in Ländern Westeuropas, die inzwischen in die atlantische Allianz eingegliedert waren, als antisowjetisches Bollwerk an.

In dieser prekären Situation erkannten die Menschen, die im antifaschistischen Widerstands- und nationalen Befreiungskampf gegen die nazistischen und faschistischen Aggressoren und Okku-

panten aktiv teilgenommen ... hatten, dass der Zusammenschluss der europäischen Widerstandskämpfer ein Gebot der Stunde war, um der Wiedergeburt des Nazifaschismus entgegenzutreten, über die wiedererrungenen demokratischen Freiheiten zu wachen, die Werte der Widerstandsbewegung zu verteidigen und jene Prinzipien zu stärken, die die Basis der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen war ...“ (Oskar Wiesflecker, Bundesverband österreichischer Widerstandskämpfer)

Schon in den 50er Jahren wurde die Notwendigkeit sichtbar, gegen alle Formen gesellschaftlichen Vergessens die Erinnerung an die Leistungen und Verdienste des Widerstandskampfes zu bewahren: dass die Zerschlagung des deutschen Faschismus nicht nur das Werk von Armeeverbänden war, sondern die Rolle der Partisanen und Widerstandskämpfer angemessen berücksichtigt wurde. Gemeinsam mit den Angehörigen der heutigen Generationen handelt die FIR gegen Neofaschismus, Antisemitismus, Rassismus und Terrorismus und deren soziale Wurzeln. Um die Erinnerung zu bewahren setzte die FIR eine historische Kommission ein, die in insgesamt zehn „Internationalen Heften der Widerstandsbewegung“ Studien über den Widerstand in europäischen Ländern veröffentlichte. Auch der Widerstandskampf in den Konzentrations- und Vernichtungslagern und die internationale Beteiligung am nationalen Befreiungskampf in verschiedenen europäischen Ländern wurde dokumentiert und dem jüdischen Widerstandskampf große Aufmerksamkeit geschenkt. Zentrale Aufgabe war der Kampf gegen das Wiederaufleben neofaschistischer Organisationen und die politische Restauration beson-

ders in der Bundesrepublik Deutschland. Als in der BRD Nazischmierereien immer unverschämter wurden und im Dezember 1959 mit der Schändung der Kölner Synagoge ein verabscheuungswürdiges Zeichen setzten, berief die FIR gemeinsam mit der Internationalen Liga für Menschenrechte, und anderen Verbänden eine „Internationale Konferenz gegen das Wiederaufleben des Nazismus und Antisemitismus“ ein, an der im März 1960 in Florenz 130 Delegierte aus 13 Ländern teilnahmen. Aufgrund vielfältiger Aktivitäten und Initiativen für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit ernannten die Vereinten Nationen die FIR zum „Botschafter des Friedens“.

Wegen anhaltender neonazistischer und rechtsextremistischer Umtriebe in mehreren Ländern Europas berief die FIR 1973 ein „Europäisches Treffen gegen Neonazismus und Neofaschismus“ in Brüssel mit 150 Delegierten aus 17 europäischen Ländern ein, das zusammen mit anderen Aktionen dazu beitrug, ein europäisches Neofaschisten-Treffen in Antwerpen zu verhindern. Während die westdeutsche Regierung schon zu Adenauers Zeiten versucht hatte, einen Schlussstrich unter die Verfolgung der faschistischen Verbrechen zu ziehen, gelang es der internationalen Bewegung der Widerstandskämpfer, die juristische Verjährung von Naziverbrechen in Deutschland zu verhindern. Heute hat die FIR Mitgliedsorganisationen in 25 europäischen Ländern und in Israel.

Basierend auf der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den Faschismus treten die Verbände der FIR heute ein für Frieden, politische und soziale Menschenrechte und Demokratie. Gemeinsam mit den Angehörigen der heutigen Generationen handelt die FIR gegen Neofaschismus, Antisemitismus, Rassismus und Terrorismus und deren soziale Wurzeln.

Quelle: www.fir.at

gemeinsame Eintreten für ein Europa,
• das jeder Form der rassistischen Diskriminierung oder der Fremdenfeindlichkeit entgegentritt,
• das für vergleichbare Lebensbedingungen in allen Ländern eintritt, um erzwungene Arbeitsmigration aus den Notwendigkeit der Lebensbedingungen zu verhindern,
• das sich für Flüchtlinge und Minderheiten einsetzt und allen eine menschenwürdige Behandlung garantiert,
• das gegen jede Form von Nationalismus und separatistischen Bestrebungen eintritt und kulturellen Eigenheiten von Minderheiten und Regionen in Europa schützt,
• das sich gegen jegliche Form von Ho-

locaustleugnung, Verfälschung des Widerstandskampfes, Zerstörung von Gedenkorten, Geschichtsrevisionismus und Rehabilitierung von SS-Verbrechern einsetzt,
• das eine soziale Politik gewährleistet, durch die allen Menschen Arbeit, Bildung, Ernährung und eine angemessene Wohnung garantiert wird als Basis für eine wirkliche Demokratie,
• das eine Gemeinschaft im Interesse der Menschen darstellt und deutlich macht, dass Europa nicht auf die Herrschaft von Großbanken und Wirtschaftslobbyisten reduziert werden darf,
• das für eine Friedenspolitik eintritt, die nicht auf hegemonialer Dominanz in der Außenpolitik, sondern auf nichtmilitäri-

scher Konfliktlösung beruht.

Ein solches Europa ist möglich, wenn sich die Völker aktiv und vernehmbar für ihre Interessen einsetzen.

Die FIR wird ihren Beitrag dazu leisten, damit die unterschiedlichen politischen Bewegungen und Kräfte gemeinsam auf diesem Weg vorankommen. Ebenso wie die nationalen Mitgliedsverbände sich in ihren Ländern für gesellschaftliche Bündnisse gegen Rechtsentwicklung und für die Verteidigung der antifaschistischen Grundlagen einer Gesellschaft einsetzen, so arbeitet die FIR auf internationaler Ebene auf eine Vernetzung bestehender Initiativen und Bewegungen hin, um gemeinsam als politische Stimme in Europa gehört zu werden. □

Ukraine: Religion als politisches Schlachtfeld

KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

Wohl in keinem anderen Staat Mittel- und Osteuropas stellt sich die kirchliche Lage derart kompliziert dar wie in der Ukraine. Heute gibt es neben den drei orthodoxen Kirchen noch zwei katholische Religionsgemeinschaften; zudem gibt es zahlreiche evangelische Gemeinden. Vor allem auf der Krim, unter den dort lebenden Tataren, ist der Islam sehr verbreitet.

In der religiösen Orthodoxie orientiert sich die kirchliche Organisationsform stark an nationalstaatlichen Strukturen. Daher gehen politische Autonomiebestrebungen in Ländern, die in ihrer Tradition von der Orthodoxie geprägt sind, meist mit dem Ruf nach einer eigenständigen nationalen Kirche einher. Die Ukraine ist ein Land an der Linie zwischen dem ostkirchlichen und dem westkirchlichen Bereich. Als Staat in ihrem jetzigen Territorium hat sie keine langen Traditionen, weil sie über viele Jahrhunderte zu verschiedenen, miteinander konkurrierenden Staaten gehörte. Die nationale Identität der Bevölkerung ist daher in den unterschiedlichen Teilen des Landes verschieden ausgeprägt. Die Nachbarstaaten der Ukraine, allen voran Polen und Russland, und die in ihnen dominierenden römisch-katholischen und orthodoxen Kirchen haben Interesse an einer konfliktgeladenen Situation in der Ukraine. Das spiegelt sich deutlich in der heutigen kirchlichen Situation in der Ukraine wieder. Kirchliche Vorhaben werden so zu einem komplexen Abbild der politischen und gesellschaftlichen Widersprüche im Lande.

Die verwirrend-komplizierte kirchliche Landschaft

Es gibt drei orthodoxen Kirchen in der Ukraine. Sie haben sehr ähnliche Namen und sind daher für den Laien kaum unterscheidbar. Auch unterscheiden sie sich kaum in ihrer Glaubens- und Sakramentenlehre. Sie sind aber sehr kontrovers in ihrer jeweiligen politischen Ausrichtung. Das führt in ihrem kirchlichen Handeln oft zu heftigster Gegnerschaft untereinander.

Die größte orthodoxe Religionsgemeinschaft ist die Ukrainische Orthodoxe Kirche, die oft mit dem Zusatz „Moskauer Patriarchat“ von den beiden anderen unterschieden wird (UOK-MP). Sie lebt in kirchlicher Gemeinschaft mit der Russischen Orthodoxen Kirche und genießt ihr gegenüber einen halbautonomen Status. Ihr Oberhaupt, der Metropolit, ist kraft seines Amtes Mitglied des Synods der Russischen Orthodoxen Kirche; doch

die UOK-MP kann ihre inneren Angelegenheiten selber und unabhängig von Moskau verwalten. Vor allem aber ist sie die einzige Kirche, die weltweit von den anderen orthodoxen Kirchen als „kanonisch“, also als den Traditionen und kirchlichen Regeln gemäß, anerkannt wird. Die meisten ihrer Gemeinden hat sie im Osten und Süden des Landes.

Die zweite Orthodoxe Kirche in der Ukraine ist die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK). Sie ist in der Zeit nach der Oktoberrevolution entstanden, als 1917 die revolutionäre Regierung die nationalen Bestrebungen in den nichtrussischen Republiken unterstützte. Eine Gruppe von ukrainisch orientierten Priestern gründete unter etwas obskuren Umständen diese Kirche und wählte einen der Ihren zum Metropoliten. Sie wollten sich von der Russischen Orthodoxen Kirche distanzieren, die damals unter der verhassten Zarenherrschaft die einzige anerkannte orthodoxe Kirche in der Ukraine war. Nach kurzer



Der russische Patriarch von Moskau Kyrill I. und der ökumenische Patriarch Bartholomäus I. begegnen sich in Istanbul.

Zeit wurde auch die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK) in der UdSSR verfolgt; überlebt hat sie nur in der Emigration. In den USA befanden sich Bischöfe, Priester und Gläubige dieser Kirche unter der kirchlichen Oberhoheit des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, dem eine herausgehobene Vorrangstellung in der Weltkirche der Orthodoxie zukommt. Noch heute hat er seinen Sitz in Istanbul. Mit dem absehbaren Ende der Sowjetunion wurde diese Kirche von Rückkehrern aus den USA in der Ukraine neu gegründet. Sie hat ihre Gemeinden vor allem im Westen des Landes und zeichnet sich durch eine deutlich antirussische Haltung aus.

Als die Moskauer Führung der Russisch Orthodoxen Kirche ihren Bistümern in der Ukraine 1992 einen Status größerer Unabhängigkeit verlieh, strebte

der damalige Metropolit von Kiew Filaret eine völlige Selbstständigkeit an. Nach längeren Querelen gründete er schließlich die Ukrainische Orthodoxe Kirche – Patriarchat von Kiew (UOK-PK), in der er nach mehreren Jahren zum Patriarchen gewählt wurde. Auch diese Kirche vertritt eine antirussische, ukrainisch nationale Haltung. Sie sieht sich als Kern einer künftigen selbstständigen orthodoxen Kirche im Lande. Doch gilt Filaret für viele Orthodoxe als nicht tragbar. Das Moskauer Patriarchat hat ihn inzwischen nicht nur in den Laienstand zurückversetzt, sondern aus der Kirche exkommuniziert. Auch von den übrigen Kirchen der Weltorthodoxie wird die UOK-PK nicht als legitim anerkannt; dieses Gebilde genießt aber die Unterstützung der ukrainischen Regierung.

Die Kirchenspaltung

Eine „Kriegserklärung“ nannten am 8. September 2018 mehrere Vertreter der Russischen Orthodoxen Kirche in Moskau die Entscheidung des Patriarchats von Konstantinopel, zwei bischöfliche Exarchen in die Ukraine zu entsenden, um die Gewährung der Autokephalie – der Unabhängigkeit – einer neu zu gründenden, geeinten ukrainischen orthodoxen Kirche vorzubereiten. Metropolit Ilarion, Vorsitzender des Moskauer kirchlichen Außenamtes, sprach von einem „schändlichen, arglistigen, perfiden“ Schritt. Im April 2018 hatte sich der ukrainische Präsident Petro Poroschenko wiederholt mit der Bitte an den Patriarchen von Konstantino-

pel gewandt, einer geeinten ukrainischen orthodoxen Kirche die Autokephalie zu gewähren, die für die „Einheit und den gesellschaftlichen Frieden in der Ukraine“ notwendig sei. Die enge Verbindung zur von Moskau geführten Kirche ist den ukrainischen Nationalisten ein Dorn im Auge. Die Regierung der Ukraine unterstützt alle Bestrebungen, sich auch in kirchlichen Angelegenheiten aus dem russischen Einfluss zu befreien. Präsident Poroschenko will im März 2019 wiedergewählt werden. Er hat diese Kirchenfrage zu seinem zentralen Anliegen gemacht.

Die Synode des ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel – in Istanbul hat das höchste Gremium der weltweiten orthodoxen Kirchenstruktur seit Jahrhunderten seinen Sitz – hat am 11. Oktober 2018 die unmittelbare Anerkennung

einer „autokephalen“, also eigenständigen, ukrainischen orthodoxen Kirche in Aussicht gestellt. Es ist nicht verwunderlich, dass im Moskauer Patriarchat dieser Schritt eine heftige Gegenreaktion auslöste. Die russisch-orthodoxe Kirche (ROK) unter der Leitung des Patriarchen Kyrill hat daraufhin ihre mehrmals ausgesprochene Drohung wahr gemacht und im Gegenzug die Beziehung zum Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel abgebrochen. Zugleich hat die Leitung der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) seinen Kirchenmitgliedern verboten, Kirchen, die Konstantinopel unterstehen, zu Gottesdiensten aufzusuchen, dort zu beten und die Sakramente zu empfangen, denn es sei unter diesen Umständen unmöglich, „die eucharistische Gemeinschaft mit dem Patriarchat von Konstantinopel fortzusetzen“. Der russische Patriarch sprach von einer katastrophalen Entscheidung des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel und der „Überschreitung einer roten Linie“. Als „Angriff auf fremde kanonische Güter“ und Versuch, historische Verpflichtungen zu verleugnen und Kirchenspalter in die Gemeinschaft der Orthodoxen Kirchen aufzunehmen, bezeichnete die Führung der russisch-orthodoxen Kirche diese Entscheidung des Ökumenischen Patriarchen. Wird doch durch die Lösung des ukrainischen Teils der unter Moskauer Führung stehenden russisch-orthodoxen Kirche die Position des Moskauer Patriarchats erheblich geschwächt. Das Moskauer Patriarchat hätte dann keine religiösen, vor allem aber keine kirchenpolitischen Zugriffsrechte mehr auf diese Kirche auf ukrainischem Territorium. Das Moskauer Patriarchat liegt kirchengeschichtlich und kirchenrechtlich mit seiner Position nicht ganz falsch: 1686 hatte der damalige Patriarch von Konstantinopel die orthodoxe Kirche auf dem Gebiet der Ukraine dem Moskauer Patriarchat unterstellt.

Die Reaktionen auf den Beschluss der Konstantinopler Synode zeigen, dass der Frage der ukrainischen Autokephalie nicht nur kirchenrechtliche, sondern auch eminent politische Bedeutung zukommt. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko erklärte umgehend, dieser 11. Oktober 2018 sei fortan für die ukrainische Geschichte ein ebenso wichtiges Datum wie der 24. August 1991, der Tag der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung. Unter der Führung dieses bereits erwähnten Patriarchen Filaret sollen nun die drei Ukrainischen Orthodoxen Kirchen von Moskau unabhängig sich zusammenschließen und eine neue Ukrainische Orthodoxie bilden.

Natürlich geht es bei diesem Konflikt um weit mehr als um himmlische Gü-

Informationen zur Winterschule 2019 – Die Winterschule 2019 beginnt am Donnerstag, 3.1. (14 Uhr), und dauert bis Samstag, 5.1.2019 (17.30 Uhr). Die Tagung ist in drei Abschnitte aufgeteilt: **1. Arbeit an Quellentexten (siehe Seite 24) | 2. ArGe-Mitgliederversammlung (s. unten) | 3. Öffentliches Seminar mit Gästen (siehe Seite 24)**

ArGe-Winterschule – Anmeldung

Wir tagen in der „**JH Hochheimer Straße**“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 5 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Die Kosten für Ü/F betragen ca. 35 Euro/Tag und Person.

Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. **Auf Antrag** können in **begrenztem Umfang auch Reisekosten** übernommen werden.

Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert.

Um die Anzahl entsprechend der Anmeldungen anpassen zu können, bitte wir euch um **Anmeldungen bis 15. Dezember** und **nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805**.

ArGe Mitgliederversammlung – Einladung

Liebe Genossinnen und Genossen, hiermit laden wir Euch herzlich zu einer Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung am Samstag, 5. Januar 2019, 9 Uhr, in der Jugendherberge Erfurt ein.

Es stehen keine Wahlen zu Funktionen an, es gab im letzten Jahr jedoch den Wunsch, über die Zukunft der Winter- und Sommerschule ausdrücklich zu sprechen und ggfs. Entscheidungen dazu zu treffen. Das soll bei der Mitgliederversammlung geschehen, die während der Winterschule stattfindet.

Deshalb schlagen wir folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung, Festlegung von Versammlungsleitung und Protokollführung
2. Bericht von Sprecherin und Sprecher – Aktuelle politische Situation
3. Vorstellung der derzeit laufenden Projekte der ArGe* unterstützte Projekte / Sachstandsberichte

Die Mitgliederversammlung ist selbstverständlich öffentlich.

Solidarische Grüße, WOLFGANG FREYE, BRIGITTE WOLF

* Siehe dazu auch Seite 24 (Lektüre von Quellentexten) sowie Original ArGe-Rundschreiben Nr. 21, PDF über <http://www.linkekritik.de/index.php?id=632>

- Projekt Wegemarken. ROLF GEHRING
- Religionsfreiheit und linke Politik. KARL-HELMUT LECHNER
- Berichterstattung „Rechte Provokationen – demokratische Antworten“. ROSEMARIE STEFFENS
- Projekt: „Duales System der Berufsausbildung“ – Erfolgsmodell oder krisenhafte Entwicklung? JOHANN WITTE
- Konzeptdiskussion zum Lektüreprojekt: Der Große Krieg 1914–1918 und die Politik der Kriegsgegner. ANDREAS ADRIANS, EVA DETSCHER, MARTIN FOCHLER
- 4. Zukunft der Sommer- und Winterschulen
- 5. Mitgliederengewinnung
- 6. Verschiedenes

ter: Es geht um einen riesigen Verlust für des Moskauer Patriarchat, denn in der Ukraine ist unter den drei oben genannten orthodoxen Kirchen die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK-MP) mit Abstand die größte. Anfang 2017 gehörten gemäß Angaben des ukrainischen Kulturministeriums 11.392 Kirchen und Kathedralen und 12.328 Gemeinden zu ihr. Auch viele wichtige Klöster und Kathedralen der Orthodoxie in der Ukraine, namentlich das bekannte Kiewer Höhlenkloster, gehören zum Moskauer Patriarchat. Die UOK-MP zu verlieren, bedeutet auch,

ihre Immobilien, ihren Reichtum und gesellschaftlichen Einfluss zu verlieren. Dies ist für die Identität der russischen Orthodoxie von großer Bedeutung und sie wird das auch nicht so einfach hinnehmen. Das Moskauer Patriarchat weiß bei seinen Äußerungen und Handlungen auch seinerseits die russische Staatsführung in seinem Rücken. So spiegelt der Streit um die ukrainische Kirche das gegenwärtig völlig zerrüttete Verhältnis zwischen Moskau und Kiew wider. Und wieder einmal wird Religion in einem Konflikt zum politischen Schlachtfeld. □

1832 England: Erste öffentliche Waschküchen und Bäder



„Kitty Wilkinson commemorative bench Everton Park“

... eine Sitzbank im Everton-Park zeigt drei „heldenhafte“ Bilder: Kitty (hier abfotografiert von der Bank); Molly Bushell, die berühmt für ihre Süßigkeiten „toffees“ ist und dem Premier League Fußballclub Everton FC seinen Spitznamen The Toffees gab; als drittes ein Liverpools Dockarbeiter.

Bildquelle: Eigene Aufnahme B. Lawrence

Müll, Dreck, Exkrement auf Schritt und Tritt, Fehlen von Möglichkeiten der Körperpflege, Seuchen – in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs die Sanitary Movement. Sie ist verknüpft mit der Entwicklung der Public Health durch Straßenhygiene, Kanalisation, Wasserklosetts und Frischwasserversorgung. Edwin Chadwicks Bericht über die sanitären Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung von 1842 gab den Anstoß für den Public Health of Towns Act (Gesetz über die öffentliche Gesundheit in den Städten) und den Public Health Act (Gesetz über die öffentliche Gesundheit, 1848) sowie die Gründung des Board of Health – Sicherung der Hygiene auf lokaler Ebene.

(Zitiert nach Wikipedia und „A History of public Health“).

BILL LAWRENCE, NEWCASTLE*

1832 tobte die Cholera auf der ganzen Welt, als sie auch in Liverpool ausbrach. In diesem Jahr wurde eine irische Einwandererfrau, die „Frau eines Werk tätigen“, Catherine Kitty Wilkinson, zur „Heiligen der Slums“.

Kitty hatte den einzigen Waschboiler in ihrer Nachbarschaft, also lud sie diejenigen mit infizierter Kleidung oder Wäsche ein, ihn zu benutzen, was viele Leben rettete. Dies war die erste öffentliche Waschanlage der Stadt. Zehn Jahre später, mit öffentlichen Mitteln, führte ihre Arbeit zur Eröffnung einer kombinierten Waschküche und eines öffentlichen Bades, des ersten in Großbritannien.

Heute, mehr als 175 Jahre später, hat eine Gruppe von Frauen in der Stadt einen kooperativen Waschsalon als Hommage an Kitty eingerichtet. „Kitty’s Launderette“ wird das erste nichtkommerzielle Waschhaus in Liverpool seit

vielen Jahrzehnten sein und eine der am stärksten benachteiligten Gemeinden Europas – Everton – versorgen.

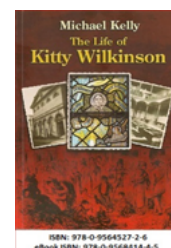
Pandemie im 19. Jahrhundert

Eine Cholera-Epidemie hatte sich 1826 von Bengalen, Indien, herkommend, über Persien (Iran), Afghanistan auf den alten Karawanenrouten nach Südrussland und bis 1830 über ganz Osteuropa ausgebreitet. Von Polen aus erreichte sie Preußen im August 1831, kam dann bis nach Berlin und zu den Ostseehäfen.

Passagiere, die von der Ostsee nach Sunderland im Nordosten Englands kamen, trugen die Krankheit im September 1831 nach Großbritannien, von wo aus sie sich weit und schnell ausbreitete, und ein Jahr später war sie in 431 Städten aufgetreten. 82.528 Menschen waren davon betroffen, 31.376 Briten fielen der Seuche zum Opfer.

Liverpool war Anfang der 1830er Jahre ein wichtiger Hafen. In Irland herrschte

Hinweise für Literatur zum Thema: Kelly, Michael (2000) **The Life of Kitty Wilkinson**. <http://www.michaelkelly.org.uk/page2.php> • **Kitty Wilkinson Launderette (the new project)** <http://kittyslaunderette.org.uk/> • Pidd, Helen „The Observer“ (newspaper) 6th June 2018 „**Liverpool community launderette honours the Saint of the Slums**“, <http://www.theguardian.com/uk-news/2018/Jun/16/kitty-wilkinson>



Eine irische Migrantin

Wilkinson wurde 1786 in der Grafschaft Londonderry, Irland, als Catherine Seaward geboren. Sie kam mit neun Jahren gemeinsam mit ihren Eltern nach Liverpool. Vater und Schwester ertranken, als ihr Schiff auf Grund lief.

Im Alter von 12 Jahren wurde sie Lehrling in einer Baumwollfabrik in der Nähe von Preston, Lancashire. Acht Jahre später, nachdem sie ihren Vertrag abgearbeitet hatte, kehrte sie nach Liverpool zurück, wo sie einen französischen Seemann, Emanuel Demontee, heiratete.

Sie hatte zwei Kinder und verlor dann

ihren Mann, der auf See ertrank. Sie verdingte sich als Hausmädchen bei Familie Rathbone, Verwandte der Fabrikbesitzer, in deren Fabrik sie als Jugendliche gearbeitet hatte.

Diese Familie überließ ihr eine Wäschemangel, mit der sie sich als Waschfrau betätigte.

1823 heiratete Kitty Tom Wilkinson, einen Arbeitskollegen der Baumwollspinnerei. Er war ebenfalls nach Liverpool gezogen, um in einem Lagerhaus zu arbeiten, das ebenfalls mit Familie Rathbone verbunden war. □

große Hungersnot, und viele Iren kam über Liverpool auf der Suche nach Arbeit in die Stadt. In den überfüllten Slums, bei schlechten sanitären Einrichtungen und mangelnder Gemeinschaftshygiene war die Ausbreitung der Krankheit nur eine Frage der Zeit.

Der erste Cholera-Fall der Stadt wurde im Mai 1832 bestätigt. Die Behörden mussten Krankenhäuser einrichten, in denen die Opfer kostenlos behandelt werden konnten, aber die Ärzte hatten keine Ahnung von der Ursache und einer Heilung.

Zudem bestand in der Bevölkerung das Misstrauen, dass Ärzte die Betroffenen absichtlich sterben ließen, um menschliche Körper für die Präparation in ihren anatomischen Labors zu erhalten. Unruhen brachen aus, Ärzte und freiwillige Krankenschwestern flohen vor dem Mob, die Polizeikräfte wurden aufgestockt ... Karren, die Opfer ins Krankenhaus brachten, wurden zerstört und Ärzte daran gehindert, die Häuser der Cholera-Kranken zu betreten. Die Unruhen in der Stadt dauerten fast zwei Wochen lang.

Kampagne

Es war bekannt, dass Auskochen von Kleidung, Bettwäsche und anderer Haushaltswäsche mit Kalkchlorid die Cholebakterien tötete. Kitty ergriff die Initiative und bot ihren Nachbarn an, ihren Boiler, ihr Waschhaus und ihren Hof zum Waschen und Trocknen ihrer Kleidung zu einem Preis von einem Penny pro Woche zu nutzen.

Der Erfolg machte bald von sich reden, und die Behörden unterstützten ihre Kampagnenarbeit. Außerdem half wieder die Familie Rathbone (s. Kasten „Eine irische Migrantin“). Überzeugt von der Unverzichtbarkeit von Sauberkeit für die Bekämpfung von Krankheiten, drängte sie auch auf öffentliche Bäder für Arme.

1842 wurde in Liverpool die erste öffentliche Badeanstalt und Waschküche in der Frederick Street eröffnet – die erste in Großbritannien. 1846 wurden die Wilkinsons mit der Führung dieser Badeanstalten betraut. Öffentliche Waschküchen wurden zu einer wichtigen Leistung der Daseinsvorsorge für Arbeiterfamilien. Sie ermöglichten nicht nur sauberere Lebensverhältnisse, sondern stellten auch einen Ort dar, an dem sich Frauen während des Wäschewaschens treffen, ihre Probleme und Sorgen teilen und Gemeinschaftsgeist entwickeln konnten.

Als Anerkennung erhielt Kitty Wilkinson eine silberne Teekanne von Königin Victoria für ihre Leistung als die „Heilige der Slums“.

* Freie Übersetzung und Anordnung der Teilprojekte: EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Gemeinschaftswäscherei ehrt die „Heilige der Slums“

Die Tage der öffentlichen Waschküchen und Bäder mögen vorbei sein – die letzten in Liverpool wurden 1995 geschlossen – aber heute gibt es wieder das Bedürfnis danach. Das Erbe von Kitty Wilkinson lebt im neuen „Kitty's Launderette“ weiter:

2010 ehrte Liverpool Kitty mit einer Statue in St. George's Hall – die einzige Frau unter den „worthies“, den Wertvollen der Stadt. Die Ärmel hochgerollt, bereit, ihre Hände schmutzig zu machen – während die Männer um sie herum in ihrem Pomp gefangen sind, als ob sie bereit wären, zu predigen oder eine Rede zu halten.

Jetzt soll Kitty verewigt werden, nicht in Stein, sondern in Seifenlauge, mit der Eröffnung eines gemeinnützigen Waschsaloons auf ihren Namen.

„Die von einer Genossenschaft junger Aktivisten gegründete „Kitty's Launderette“ wird Familien in einer der am stärksten benachteiligten Gemeinden Europas in einer Innenstadtregion helfen, in der fast die Hälfte der Kinder in Armut aufwächst und die durchschnittliche Familie von weniger als 20 000 Euro pro Jahr lebt. Viele der Familien können sich keine Waschmaschinen leisten und müssen sich zwischen einer gemieteten Haushaltsgerätebude oder einem automatisierten Waschsalon in der Hauptstraße entscheiden. Eine Untersuchung der Regierungsbehörde Financial Con-

duct Authority ergab, dass Kunden der Rent-to-Own-Stores mehr als 1.700 Euro für Geräte zahlen, die anderswo für weniger als 350 Euro verkauft werden.

Die in gewisser Weise genossenschaftliche Unternehmensgruppe sagt: „Diese Unternehmen machen das Leben für so viele Menschen unerträglich. Es ist eine der verborgenen Folgen der Austerität, sie fordert ihren Tribut von den armen Familien.“ Der neue Waschsalon will seine Preise niedriger als üblich halten, alle Gewinne werden in die Gemeinschaft zurückgeführt. Außerdem will die Genossenschaft den Waschsalon zu einem „warmen und einladenden Ort für Kunst und Gesellschaft“ machen und plant Ausstellungen, Handwerks- und Reparaturvereine, sozialhistorische Projekte und Filmabende, bei denen die Filme so lange wie ein Wasch- und Trockenzklus dauern. Die Menschen sollen sich hier aufhalten – ein kleiner Barbereich mit Getränken und Erfrischungen, Internetzugang und erschwierlichen Computer- und Druckeinrichtungen soll ihnen Partizipation ermöglichen. □



„Kitty's Launderette“, Genossenschaft junger Aktivisten. Fotos vom Tag der Offenen Tür mit der Nachbarschaft, als gerade die Räumlichkeiten für das Projekt gesichert waren. Internetauftritt der Initiative: <https://www.kickstarter.com/projects/72049281/community-launderette-in-liverpool>.

Über die Webseite besteht auch die Möglichkeit, eine Vielzahl soziale und kultureller Projekte zu unterstützen. Ein Beispiel siehe Abb. rechts.

Mindestbeitrag: 45 €

A little bit of history

Digital download of old wash songs recording by Liverpool folk musician Mike Kenney.

Reimagined Kitty zone made by Liverpool designer Louise Tuckman

Set of postcards by Liverpool Artist Ria Fell

VERANSTALTUNG: LIVERPOOL: Aug 2018

VERANSTALTUNG: Weltweit

NO COMPROMISE

Inhalt	
Aktuelles	2
Etappensieg im EU-Parlament? Neue EU-Richtlinie zu Arbeitsbedingungen • EU-Arbeitsplatzgrenzwert für Dieselemissionen • Chinesisches Hospitalschiff unterwegs in Ozeanien	
Landtagswahl in Hessen: Sondierung der politischen Lager	3
Abschied von der Kanzlerin der liberalen Demokratie	4
Bayern: Wahlergebnis, Regierungsbildung, Repräsentationslücken	5
Die Linke: erste von drei Regionalkonferenzen zum Europawahlprogramm 2019	7
Italien: Der „Haushalt des Volkes“	8
Der „Fall Italien“ – einige Bemerkungen	
Aktionen – Initiativen	10
Aufruf „Ende Gelände“ • NRW-Linke: „Raus aus der Kohle – aber sozial!“ • IG BCE: „Wir sind laut für unsere Jobs!“ • BUND: Hambacher Forst kann erhalten werden • „Unser Revier – Unsere Zukunft“	
Erstmals seit 1966 ein Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet	12
Kommunale Politik: Regionale Planung	13
Wie macht man einen Regionalplan? Dresden. • Schneller, höher, weiter? Bauen nicht um jeden Preis! Mannheim. • Schwarzer Dienstag – ökologische Katastrophe für Schleswig-Holstein verschärft sich • Schienenverkehr in der Region Stuttgart • Südostlink oder regionales Netz? München. • Interkommunale Zusammenarbeit stärken • Gründung eines Zweckverbands Wohnungsbau: Offenbach.	
Eine wichtige Studie zum Thema Selbstständigkeit und Gewerkschaften in der EU	15
Dänemark: erster Tarifvertrag für die Plattformökonomie	17
Blick in die Presse: Clickworking/Scheinselbstständigkeit	
Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten	18
DGB-Bundesvorstand. 17 % der gewerkschaftlich organisierten Wähler und Wählerinnen wählen die AfD • Die NPD mobilisiert zu ihrem Europa-Parteitag mit der Parole „Festung Europa – Schutzzone Deutschland“ • 50 000 Euro für das private Rettungsschiff „Lifeline“ hat Kardinal Marx laut Erzbischof München-Freising zur Verfügung gestellt • Verbände und Institutionen wenden sich „Gegen rechte Hetze“.	
Die FIR zur Europa-Wahl	18
Ukraine: Religion als politisches Schlachtfeld	20
Kalenderblatt: 1832 England: Erste öffentliche Waschküchen und Bäder	22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 6. Dezember 2018. Redaktionsschluss: Freitag, 30. November. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Weitere Erscheinungstermine 2019: 17. Januar, 14. Februar

Tagung der Linken-ArGe Konkrete Demokratie Soziale Befreiung

Donnerstag, 3. Januar, 9 bis Samstag, 5. Januar 2019, in Erfurt, Jugendherberge:

Anmeldung und organisatorische Details ► ► Seite 21.

Donnerstag, 3.1., 14 Uhr, bis Freitag, 4.1., 18 Uhr: Lektüre von Quellentexten zum Thema

Der Große Krieg und die Opposition im Deutschen Reich an der Schwelle zum zwanzigsten Jahrhundert

- Kolonialismus und imperialistische Teilung der Welt – Kritiken und Apologien in der deutschen und europäischen Debatte.
- Die Diskussion der „Polenfrage“ – Nationalstaatsbildung, deutsche Großmachtsinteressen im Osten und Kritiken
- Kriegsziele und Friedenskonzepte vor,

während und nach dem Großen Krieg. Beim Rückblick auf diese Debatte leitet uns die Absicht, eine genauere Vorstellung von der Entstehung bis heute fortwirkender politischen Ideen und Debatten zu gewinnen und ganz praktisch die Arbeit am Lektüreprojekt „Epochenbruch“ genauer zu bestimmen.

Auf Textsuche sind aktuell: ANDREAS ADRIANS, EVA DETSCHER, CHRISTOPH CORNIDES, ULLI JÄCKEL, KARL HELMUT LECHNER, MARTIN FOCHLER, ROLF GEHRING.

Zum Stand der Vorbereitung siehe auch: <http://www.linkekritik.de/index.php?id=1092>

Samstag, 8 Uhr bis 12 Uhr Mitgliederversammlung der ArGe.

Tagesordnung der ArGe-Mitgliederversammlung ► ► Seite 21

Samstag 13 Uhr bis 17 Uhr: Öffentliches Seminar mit Gästen.

Friedenspolitik, Völkerverständigung und Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen ...

... könnte das Thema der Zeit sein, vieles deutet darauf hin. Protektionismus und Nationalismus und – allgemein gesprochen – der Trend zur Lösung von Problemen zu Lasten anderer, sind als Maximen politischen Handelns auf dem Vormarsch.

Wieso fallen linke Kritik und Ansätze linker Politik gegenüber diesem Trend im Streit um die öffentliche Meinung zurück?

Vielleicht, weil die linken Kritiken stark sind, die großen Gefahren unilateraler Strategien aufzuzeigen, aber schwach bleiben, wenn Konzepte zur Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen zur Debatte stehen, seien es die Europäische Union, die Vereinten Nationen oder multilaterale internationale Abkommen. Aktuell entwickelt sich die internationale Auseinandersetzung um die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen „New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten“ zur Streit-sache, wenn nicht zum internationalen Prüfstein. Sie war am 19. September 2016 verabschiedet worden und soll im

Dezember in Marrakesch beschlossen werden. Der Streit darum ist mehr als ein Indiz für den Kampf nicht nur um die Deutungshoheit, sondern auch um die Bedeutung, die international aufgestellte Institutionen und Organisationen für Politik auf nationalstaatlicher Ebene spielen sollen.

Das Seminar widmet sich Traditionslinien linker Politik mit der Fragestellung „Das Konzept der ‚entmilitarisierten Sicherheit‘ – ein erfolgversprechender Ansatz?“ Mit Dr. rer. pol. habil. Erhard Crome und Jürgen Klute haben wir zwei Referenten gewinnen können, die sich über lange Jahre mit diesen Fragen beschäftigt haben und die sich auf den Feldern der internationalen Diplomatie sowie der friedenspolitischen Aufstellung der EU bzw. des Europäischen Parlaments gut auskennen. Wir bemühen uns aktuell noch um weitere Teilnehmer aus der europäischen Gewerkschaftsbewegung wie auch aus der Friedensbewegung.

Es würde uns freuen, wenn dieses Seminar auch über unseren Kreis der Linken Schule hinaus Interessierte fände.

Dr. rer. pol. habil. ERHARD CROME:

Politikwissenschaftler Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er bearbeitet Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik, Europapolitik und der Bewegung der Sozialforen, koordiniert den Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist Mitglied im Berliner Debatte Initial e.V., im WeltTrends e.V., Potsdam, sowie in der Gesellschaft für Kultursociologie e.V., Leipzig (zitiert nach seiner Seite bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Pfarrer i.R. JÜRGEN KLUTE:

Jahrgang 1953, geboren in Bünde/Westfalen. Nach dem Studium der evangelischen Theologie in Bielefeld und Marburg/Lahn ab 1989 Leiter des Industrie- und Sozialpfarramtes des Kirchenkreises Herne. Von 2007 bis 2009 Referent für Sozialethik an der Evangelischen Stadtakademie Bochum. Von 2009 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments (Die Linke). Seit 2014 freiberuflich tätig. Publizist. Diverse Buch-, Zeitungs- und Zeitschriften-Publikationen.

EVA DETSCHER, Karlsruhe